Nr. 164

INTERIM

Wöchentliches Berlin-I
2,50 DM

10. Oktober 1991

Frauen auf dem Gründungskongreß des Gewerkschaftsbundes COSATU am 30. November 1985.

Wir freuen uns, daß wir in dieser Ausgabe einige Stellungnahmen zu den Auseinandersetzungen auf der Hoyerswerda-Demo dokumentieren können(S.22-25), und hoffen, daß die Diskussion in den nächsten Wochen noch vertieft werden kann. Eine notwendige Annäherung dürfte allerdings nur möglich sein, wenn alle Beteiligten zu mehr Selbstkritik bereit sind als das bisher der Fall ist.
Der Redebeitrag von der 3. 10. Demo (S.7) beschreibt die Arbeit der Koordination autonomer Flüchtlingsgruppen in den letzten zwei Wochen. Mittlerweile ist die Forderung der Flüchtlinge nach gemeinsamer Unterkunft in einer Kirchengemeinde in Dahlem durchgesetzt worden; was sciherlich eine Voraussetzung für die ERlangung einer Aufnahmegarnatie in Berlin ist.
Leider ist es uns in dieser Nummer wieder ncjht gelungen, die Flüchtlinge selbst zu Wort kommen zu lassen. Auch der von ihnen gehlatene Redebeitrag hat uns nicht erreicht.
Während in den letzten Tagen immer mehr MigrantInnen aus der ehemaligen DDR nach Berlin gekommen sind, sollten wir uns überlegen, wie wir in dieser Stadt eine Athmosphäre schaffen könnne, die dazu beiträgt, ihren Forderungen eine materielle Durchsetzungskraft zu verschaffen. Zu viele Ideen gibt es bisher noch nicht.Relativ unbemerkt laufen jedoch seit einigen Wochen früh morgendliche Aktionen vor der Ausländerbehörde am Waterloloufer. Von hier aus werden regelmäßig AsylbewerberInnen in die FNL verschubt. Treffpunkt ist jeden Mittwoch und Donnerstag um 7 Uhr. ERkundigt euch aber vorher noch einmal über den jeweiligen Charakter der Aktion.
Ein weiterer Mobiliseirungsgrund wird die EG-Innenministerkonferenz, die am 30.10 in Berlin tagen wird. Ihr Themenschwerpnkt wird die Ausarbeitung einer Strategie zur differenzierten Abschottung Europas gegenüber osteuropäische Flüchtlingen sein.
Zur inhaltlichen Vorbereitung unserseits haben wir den Text "Zwischen Verwertung und Sozialrevolte" ins Heft genommen(S.16). Er ist aus der Broschüre" Neuordnugn in Europa" , die von der Schwarze Katze EG-Gruppe HH herausgegeben worden ist. Aus Platzgründen erscheint der 2. Teil erst nächste Woche.
Zu dem Papier von "einige GEnossInnen" (S.27) ist noch zu sagen, daß ihr leider nicht ausreichend auf den Kern unserer Kritik an dem Hungerstreikpapier eingeht. Sie betraf nämlich die fehlende Auseinandersetzungsbereitschaft von RAF-Gefangenen mit den laufenden politischen Diskussionen und Aktionen von Seiten der "revolutionären Linken ". Ihr müßt euch daher fragen, warum es wohl keine breitere Unterstützung für die RAF-Gefangenen (mehr) gibt, statt es zum x-ten mal einzufordern. Hier gibt es einen dialektischen Zusammenhag, der nur in der Kontroverse und nicht ausschließlich mit dem Verweis auf die Haftbedingungen glöst werden kann.
Mit einer wiederholten moralischen Mobilisierungkommen wir kein Stück weiter. Dieses Mittel der Politik ist zu oft benutzt worden (s. Hungerstreimobilisierung in den 70ger und 80ger Jahren), Anstatt sich die politischen Wahrheit zu sagen.

Liebe RARA s, an eurem Interview (S.13) hatten wir einige Kritik:
In dem Text werden die materiellen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse, vorallem aber die dagegen verlaufenden sozialen Kämpfe in den Niederlanden völlig übergangen. Noch nicht einmal an den Bedingungen, indenen MigrantInnen (hier) leben und wie diese dagegen kämpfen wird angeknüpft. Dies obwohl ihr "Flüchtlingspolitik" als einen wesentlichen Bereich eurer eigenen Aktivität formuliert. Dafür wird im Text ganz breit mit den Begriffen "Ideologie und Politik" hantiert. Positiv bezieht ihr euch nur auf die Reste der politischen Szene und noch stärker auf FunktionärInnnen und Kirchenleute .
Wir denken, daß die aktuelle Debatte an diesen Punkten zwar auch gerade erst das Laufen lernt, aber dennoch inhaltlich weit über euren Text hinausgeht.
Unsere Kritik bezieht sich allerdings nur auf den genannten Text. Eure Aktivitäten sprechen für scih selbst, und wir finden es schade, daß davon nur wenig bei uns bekannt wird.

Inhalt

Ordnerliste:

Freiheit für Knut und Ralf
Infos der Koordination der autonomen Flüchtlingsgruppen
Papier zur Antifa-demo in Bayreuth
Asylablehnungsbescheid
Bolschewik Partisan
TKP/ML Bolschewik

Impressum
Herausgeberin: Interim e. V. Gneisenaustr. 2a 1000 Berlin 61
Gesamtherstellung: Eigendruck im Selbstverlag
Redaktionsanschrift: s. o.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Erklärung weißer, autonomer Frauen/Lesben

Am 3. 10. 1991 fand in Berlin als Antwort auf wachsenden Rassismus und faschistische Angriffe auf Flüchtlingsheime die Demonstration "Keine weiteren Progrome" statt, an der über 15.000 Menschen teilnahmen. Sie wurde initiiert von NOZIZWE, einem Projekt von Immigrantinnen, Schwarzen und jüdischen Frauen. Unterstützt wurde die Demo von Organisationen Schwarzer Frauen und Männer, ImmigrantInnen und Flüchtlingen, Solidaritätsgruppen, weißen autonomen Frauen/Lesben- und gemischten Zusammenhängen.

Wir möchten zu dieser Demo eine Erklärung abgeben, da sie von der Presse entweder weitgehend verschwiegen oder der ungewöhnliche Charakter des breiten Bündnisses nicht beachtet wurde. Für uns war es wichtig, daß die Demo von Schwarzen Frauen- und Schwarzen gemischten Gruppen inhaltlich bestimmt wurde. Uns wundert es nicht, daß gerade diese Demo von den Bullen so massiv angegriffen wurde, daß die Situation eskalierte, und die Demo aufgelöst werden mußte. Und ein Zufall war es sicher nicht, daß der Block der ImmigrantInnen und Schwarzen Menschen erstes Angriffsziel war. Die HERRschenden haben Angst davor, daß sich die sogenannten "Opfer" rassistischer Gewalt selber organisieren, Widerstand leisten, Forderungen stellen und sich viele Tausende mit ihnen solidarisieren. Es ist für uns ein Ausdruck von Rassismus, daß Immigrantinnen, Schwarze Menschen und Flüchtlinge nicht als politische Subjekte in Erscheinung treten dürfen. Die HERRschenden haben Angst, daß diese ein großes Widerstandspotential bilden könnten. Sie haben kein Interesse daran, daß Kolonialismus und die ausbeuterische Weltwirtschaftsordnung als entscheidende Ursachen für Rassismus von einer breiten Bewegung benannt und bekämpft werden.

Wir sehen den aggressiven Angriff der Bullen, besonders gegen den Block der ImmigrantInnen und Schwarzen Menschen, als einen Ausdruck von direkter rassistischer Gewalt. Gleichzeitig sind die Bullen immer ausführendes Organ des Staates. Insofern entlarvt der Angriff, als ein Beispiel von vielen, die Lügen der PolitikerInnen, die davon reden, daß "Ausländer beschützt werden müssen". In Wirklichkeit brauchen sie die rassistische Progromstimmung in der Bevölkerung, um ihre Asylpolitik durchzusetzen.

Unterstützt und getragen wird diese heuchlerische und rassistische Politik von den Medien. So wurden die Provokationen der Bullen, als auch ihr brutaler Angriff auf den Block der ImmigrantInnen und Schwarzen Menschen nicht genannt. Bis auf wenige Ausnahmen wurde die Tatsache, daß es eine Demo der Schwarzen Menschen und Immigrantinnen war, verschwiegen. Die verfälschte Darstellung einer Demo ist nicht ungewöhnlich, aber angesichts des Charakters dieser Bündnis-Demo hat es für uns eine besondere politische Bedeutung, weil die Ignorierung von ImmigrantInnen und Schwarzen Menschen ein Ausdruck dafür ist, daß sie "Opfer" bleiben sollen.

Wir unterstützen es sehr, wenn sich alle ImmigrantInnen, Schwarze Frauen und Männer organisieren und Widerstand leisten. Wir wollen breite, anti-rassistische Bündnisse, die von ihnen inhaltlich bestimmt werden. Um solche Bündnisse schließen zu können, sehen wir unsere Verantwortung als weiße Frauen/Lesben (dieses gilt genauso für weiße Männer), den eigenen Rassismus in uns zu bekämpfen.

Wenn wir Bündnis-Demos mit Schwarzen und ImmigrantInnen ernstnehmen, müssen wir an unserem Verhalten einiges ändern: Der Block der ImmigrantInnen und Schwarzen Menschen muß nach außen erkennbar bleiben, um ihre eigenständige Organisierung sichtbar zu machen. Wenn viele weiße Frauen und Männer trotz ständiger Lautsprecherdurchsagen immer noch neben dem ImmigrantInnen- und Schwarzen Block herlaufen, ist dieses nicht mehr gewährleistet. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir damit die eigenständige Organisierung von ImmigrantInnen und Schwarzen Menschen unsichtbar machen, genauso wie PolitikerInnen und Medien diese ignorieren.

Es zeugt von einer weiteren Ignoranz, wenn Männer es immer noch nicht gelernt haben, den Frauen/Lesbenblock in Ruhe zu lassen.

Wir sollten die Forderungen von ImmigrantInnen und Schwarzen Menschen respektieren, keine militanten Aktionen von der Demo ausgehen zu lassen, d.h. eingeschlagene Scheiben, Steine etc. hatten auf dieser Demo nichts zu suchen, auch wenn diese Mittel an anderer Stelle und zu anderer Zeit politisch sinnvoll sein können. Wir müssen verantwortlich mit ihren Forderungen umgehen; konkret heißt das, Absprachen selbst einzuhalten und andere darauf hinzuweisen.

Es müßte langsam klar sein, daß Alk nichts auf Demos zu suchen hat.

Wenn wir weiterhin ein breites antirassistisches Bündnis MIT ImmigrantInnen und Schwarzen Menschen wollen, müssen wir ihre Forderungen respektieren!

Weitere Auseinandersetzungen zu der Demo, die nur Frauen/Lesben angehen, haben wir an die Amazora geschickt.



YER: HALKEVI
ORT: KOTTBUSSER DAMM 74
I/6I

WIR, FRAUEN AUS VERSCHIEDENEN LÄNDERN, WOLLEN EUCH EINLADEN, AM Sonntag, 13.10. um 11,00 uhr MIT UNS ZU FRÜHSTÜCKEN! WIR ZEIGEN VERSCHIEDENE VIDEOS, WOLLEN MITEINANDER REDEN, MUSIK HÖREN, TANZEN UND UNS SO BESSER KENNENLERNEN.

BİZLER DEĞİŞİK ÜLKELERİN KADINLARI OLARAK SİZLERİ I3.Io. PAZAR GÜNÜ SAAT II.oo DE KAHVALTI YAPMAYA DAVET EDİYORUZ. DEĞİŞİK FİLİMLER GÖSTERİP BERABER SOHBET ETMEK, MÜZİK DİNLEMEK,DANS ETMEK VE BÖYLECE BİRBİRİMİZİ DAHA YAKINDAN TANIMAK İSTİYORUZ.

OFFENER BRIEF AN ALLE ANTIRASSISTISCH ARBEITENDEN GRUPPEN

(Betrifft untenstehenden Artikel der TAZ vom 2.10.91)

Am 28.9. abends erhielten wir einen Anruf, daß das Flüchtlingsheim in Schulzendorf (Königswusterhausen) bedroht sei und um Unterstützung gebeten habe. Kurz entschlossen fuhren wir als Gruppe zum Treffpunkt und dann nach Schulzendorf. Wir waren bis 4 Uhr morgens da, sind also ziemlich gut im Bilde, was dort passierte und was nicht. Um so entsetzter waren wir, als wir den unten abgedruckten Artikel in der TAZ gelesen haben. Daß die TAZ lügt und damit Politik macht, ist nicht neu und es ist fast schon Zeitverschwendung, sich darüber aufzuregen. In diesem Fall finden wir es aber wichtig, eine Gegendarstellung zu veröffentlichen, weil diese falsche und diffamierende Darstellung der TAZ weitergehende politische Folgen haben kann: sie produziert Feindbilder, schürt Vorurteile, erschwert politische Auseinandersetzung, und das in einer Zeit, in der wir alle Kräfte sammeln und bündeln müssen.

Da die TAZ(entsprechend ihrer bisherigen Politik) vermutlich keine Gegendarstellung veröffentlichen wird, BITTEN WIR ALLE, DIE DIESEN BRIEF IN DIE HÄNDE BEKOMMEN, IHN MÖGLICHST BREIT WEITERZULEITEN.

Die TAZ-Berichterstattung, vom 2.10.91

Solidarität von »falschen Freunden«

Ausländerfeindliche Ausschreitungen der »Skins« fördern Gewaltbereitschaft der »Autonomen«

Am vergangenen Wochenende spielten sich vor einem Heim für Asylbewerber in Schulzendorf bei Königs Wusterhausen gespenstische Szenen ab. Das örtliche Bürgerkomitee hatte einen anonymen Anruf erhalten, wonach eine Horde von Skins beabsichtigte, erst ein Heim in Pätz und dann das Haus in Schulzendorf zu überfallen. In Pätz splitterten Scheiben, in Schulzendorf nicht. Dort hatte das Bürgerkomitee es geschafft, eine Mahnwache von aktiven Christen aus der Umgebung und Aktivisten der Berliner Internationalen Liga für Menschenrechte (ILfM) zu organisieren.

Gespenstisch wurde die bis dahin friedliche Szenerie, als gegen 1 Uhr nachts eine etwa 20köpfige, sich selbst als »Autonome« bezeichnende Gruppe am Schauplatz eintraf. Feindliche Skins waren nicht zu sehen, die Berliner Truppe aber aufgeheizt und auf der Suche nach Action: Die Nummernschilder und Fenster ihrer Autos waren mit Tüchern verhängt, die Gesichter durch Haßkappen unkenntlich, berichteten Augenzeugen. Statt sich in die Mahnwache zu integrieren, brüllten sie herum, sammelten Steine und schlugen mit Baseballschlägern auf vorbeifahrende Fahrzeuge. Fast zertrümmert wurde der Wagen des Pfarrers von Eichwalde, die Gruppe hatte angenommen, er sei ein Polizeispitzel. Im Hof fanden sich am nächsten Morgen halbvolle Benzinkanister. In dieser Nacht hätten die 60 Asylbewerber im Heim, so berichtete die stellvertretende Heimleiterin Bärbel Tisson, »mehr Angst vor falschen Freunden« gehabt als vor Neonazis. Diese Leute »benutzten die Asylbewerber, um mit den Skins abzurechnen«. Die Hinweise häuften sich, daß der 3. Oktober ein Tag mit vielen solchen Anlässen sein könnte. Auch in Schulzendorf. Anonyme Anrufer informierten Bärbel Tisson, daß am deutschen Jahrestag Neonazis das Heim endgültig »ausräuchern« wollen. Sie hofft, daß sich Menschen finden, die das Heim am Waldrand schützen können. Die »Autonomen« hätten ihr »Wiederkommen« angekündigt.

Sorgen haben Mitarbeiter von kirchlichen und Menschenrechtsorganisationen. »Die Stimmung sei extrem aufgeheizt«, sagte ein Pfarrer aus Spandau, der den Vereinigungsfeiertag in einem Asylbewerberheim in Oranienburg verbringen wird. Das Beängstigende an den Gerüchten wäre, bestätigt Traudl Vorbrodt von Pax Christi und »Asyl in der Kirche«, daß schon Vermutungen den »Kessel« explodieren lassen könnten. »Aber was tun«, fragt sie, die Angst der Flüchtlinge vor dem 3. Oktober sei groß.

Während weder der »Flüchtlingsrat« noch verschiedene Beratungsstellen für Asylbewerber von konkreten Drohungen wissen, laufen in diversen Berliner Heimen Vorbereitungen für einen Selbstschutz. In Spandau, Tegel und Neukölln schon seit Tagen, weiß Machmoud E. von der »Arabischen Eltern-Union«. In einem Heim in der Grenzallee gab es am Wochenende kleinere Scharmützel mit messerbewehrten Skins. Um polizeilichen Schutz an diesem Tag haben ebenfalls zwei Flüchtlingsheime in Köpenick und Weißensee gebeten. In einem der Heime, berichtete ein Sozialarbeiter der taz, hätten sich gestern »Faschos« mit den Worten »bestellt für Donnerstag schon mal die Särge« verabschiedet. Auf Hochtouren laufen die Mahnwachenvorbereitungen der ILfM und SOS Rassismus. Menschen, die an diesem und anderen Tagen den Flüchtlingen zeigen wollen, daß sie willkommen sind, sollen sich telefonisch melden. Bei SOS-Rassismus ab 17 Uhr unter 6 14 79 90, bei der Liga unter Fax 324 02 56 oder Tel.: 3 24 36 88. akw

Was war wirklich in Schulzendorf?

In Schulzendorf haben sich ca. 50 Leute eingefunden, davon viele Frauengruppen, einige Antifas und andere Autonome. Ungefähr 20 kamen aus kirchlichen Gruppen und der Internationalen Liga für Menschenrechte. Da die Information von SOS Rassismus kam, nehmen wir an, daß auch sie vertreten waren. Wir haben mit den Leuten im Heim geredet, haben Diskussionen mit dem Personal im Heim gehabt und mit welchen aus der ILfM und den christlichen Gruppen. Einige von ihnen(die übrigens zum größten Teil gegen 2 Uhr wieder gefahren sind), meinten daß sie mit uns keine Aktion machen wollen, wir unerwünscht seien und un-

sere Anwesenheit und der Versuch von Verteidigung, faschistische Gewalt hervorrufen würde! Mit einer solch platten Argumentation hatten wir nicht gerechnet und finden diese Reihenfolge, was da als Aktion, was als Reaktion gesehen wird, angesichts dessen, was sich zur Zeit an faschistischer Gewalt Bahn bricht, nicht nur dogmatisch verblendet, sondern regelrecht zynisch.
Was die praktische Seite der TAZ-Berichterstattung angeht: es wurde weder mit Baseballschlägern auf vorbeifahrende Autos eingeschlagen, einen Pfarrer, dessen Auto("fast")zertrümmert wurde gab es nicht, auch von einem 'vermeintlichen Polizeispitzel' haben wir nichts gehört.
Es wäre müßig jetzt auf die ganzen Lügen einzugehen. Fakt ist, daß es in der ganzen Zeit zu einer einzigen 'praktischen' Auseinandersetzung gekommen ist: einige Autos wurden auf ihrem Weg zum Flüchtlings heim von einem Auto verfolgt, indem eindeutig Skins saßen. Dieses Auto wurde vertrieben. Eine andere Situation, die Frau Bärbel Tisson, die Heimleiterin, auf die sich die TAZ bezieht, gemeint haben mag, war folgende: Zwei Flüchtlinge wollten gegen 2 Uhr nachts nach hause, sahen einen Haufen Leute vorm Heim stehen und trauten sich nicht rein. Sie fuhren weiter und riefen erstmal an um zu fragen was los sei. Später erzählten sie, daß sie im Ort von zwei voll besetzten Autos per Fernlicht angestrahlt und fast gestoppt worden seien(die Leute im Auto hatten"ganz kurze Haare"). Deshalb seien sie erstmal sehr verunsichert gewesen, als Leute vor dem Heim standen. Später stellten sich die beiden, zusammen mit anderen Flüchtlingen zu uns und taten das, was der Situation entsprach, sie stellten sich darauf ein das Heim verteidigen zu müssen.

Die Botschaft der TAZ:

Die Autonomen sind eine blutrünstige Horde- mindestens so schlimm wie die Skins.Wer zur Verteidigung gegen Skins und Faschisten einen Stock in die Hand nimmt, tut das nur aus primitiven Rachegelüsten. Wehe dem Heim, das von Autonomen heimgesucht wird!
Diesen Eindruck erweckt der Artikel durch einen Schmierenjournalismus, wie wir ihn zur Genüge von der Springerpresse her kennen. Ein paar dreiste Lügen, garniert mit wohl gesetzten Satzkombinationen, hier und da noch einige gut dosierte Suggestivsätze und fertig ist das Zauberwerk: " Im Hof fanden sich am nächsten Morgen halbvolle Benzinkanister", steht völlig unvermittelt in dem Artikel. Im Zusammenhang mit dem andern Geschreibsel wird nahegelegt, Autonome hätten das Heim anzünden wollen.Soetwas ernsthaft behauptet, würden natürlich alle als völligen Quatsch empfinden. Mit ihrem miesen Manipulationsstil vermittelt die TAZ aber zumindest das,was sie schon seit Jahren predigt: die Autonomen sind genau so schlimm wie die Nazis, Linke Militanz und faschistische Gewalt/ Staatsgewalt/ militärische Gewalt... alles das gleiche. Solche Plattheiten in der jetzigen politischen Situation sind unverantwortlich und schaffen Gräben, wo sie nicht hingehören müssen. Was ansteht ist eine Diskussion über unterschiedliche Politikansätze, können sie nebeneinanderstehen oder schließen sie sich in bestimmten Situationen aus?

Es wird auch notwendig sein sich darüber auseinanderzusetzen, wie die Heime in und um Berlin herum effektiv geschützt werden können. Dazu ist es unbedingt nötig, einen ständigen Kontakt mit den Leuten im Heim und auch mit dem Personal zu halten. Von daher fanden wir die Art, wie wir hingefahren sind, vor Ort und im Nachhinnein schwierig. Trotz allem denken wir, daß unsere Anwesenheit offensichtlich ein Schutz war und daß in Pätz vielleicht nichts passiert wäre, wenn dort auch welche von uns hingefahren wären.

Eine autonome Frauengruppe

Redebeitrag für die Demo am 3.10.1991

Liebe Freundinnen und Freunde,
Anwohnerinnen und Anwohner

Täglich überschütten uns Meldungen von Angriffen auf Flüchtlingsheime. Menschen werden gejagt, sie werden angegriffen und ermordet. Rassistische Überfälle gehören mittlerweile zur Tagesordnung in der Bundesrepublik. Zum Schutz ihres Lebens sind Flüchtlinge und ArbeitsimmigrantInnen mehr und mehr gezwungen, innerhalb der Bundesrepublik die Flucht zu ergreifen.

Wir sind am 22.9.1991 nach Hoyerswerda gefahren, um dort gegen die rassistischen Überfälle auf die Heime der ArbeitsimigrantInnen und Flüchtlinge zu demonstrieren. Zu den Flüchtlingen konnten wir vereinzelt Kontakt aufnehmen. Sie hatten alle Angst und wollten so schnell wie möglich aus Hoyerswerda weg. Eine kleine Delegation von uns versuchte am 24.9. in Hoyerswerda und Umgebung erneut Kontakt zu den Flüchtlingen zu suchen. Trotz vieler bürokratischer Schwierigkeiten hatten sie letzlich Erfolg und trafen auf Flüchtlinge, die sich bereits zur Flucht nach Berlin entschieden haben. Viele von uns haben danach die nach Berlin geflohenen Flüchtlinge unterstützt. Als Koordination Berliner Autonomer Flüchtlingsgruppen, die sich zusammensetzt aus autonomen und ImigrantInnen Gruppen, haben wir nun den Kontakt zu diesen 'innerdeutschen' Flüchtlingen. In erster Linie sind dies die Flüchtlinge aus Hoyerswerda. Es kommen aber auch aus anderen Orten, wo Überfälle zur Tagesordnung gehören, Flüchtlinge hier an. Dazu kommen auch die Flüchtlinge, die hier von Berlin vom Waterloo-Ufer jeden Donnerstag in andere Städte der neuen Bundesländer verteilt werden sollen.

Die Flüchtlinge aus Hoyerswerda sind seit ca. 10 Tagen in Berlin. Sie wurden von uns untergebracht, wir boten ihnen Schutz und juristische Beratung. Aufgrund ihres illegalen Status in Berlin haben wir die verschiedenen Unterbringungsorte bisher geheim gehalten. Nicht verschwiegen haben wir ihre Ankunft in Berlin. In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der AL am 25.9. im Rathaus Schöneberg konnten die Flüchtlinge selbst zu Wort kommen. Sie schilderten ihre erlebten Bedrohungen und Angriffe in Hoyerswerda und die am Montag den 23.9. versuchte Zwangsverlegung und verschärfte Kasernierung ins sächsische Umland. Aus der begründeten Angst vor weiteren Angriffen ist die Mehrheit der Flüchtlinge in Gruppen oder als Einzelne geflohen.

Wir stellten an das Abgeordnetenhaus von Berlin folgende Forderungen:

- **Sofortige Aufnahmegarantie für die aus Hoyerswerda und anderen Orten nach Berlin geflohenen Flüchtlinge!**
- **Gewährung von Sozialhilfe dort, wo sie sich z.Zt. aufhalten!**
- **Freie Wahl ihres Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge!**
- **Keine Kasernierung von Flüchtlingen, sei es in Heimen oder Bundeswehrkasernen!**
- **Bleiberecht für alle Flüchtlinge und ArbeitsimigrantInnen.**
- **Keine Abschiebungen!**

Parallel dazu nahmen wir Kontakt zu verschiedenen Kirchengemeinden und der Leitung der ev. Kirche Berlin/Brandenburg auf. Wir forderten die Kirche auf, die Flüchtlinge ebenfalls in ihren Forderungen zu unterstützen. Die Flüchtlinge wollen an einem Ort gemeinsam untergebracht werden. Sie wollen zusammen für ihr Bleiberecht in Berlin eintreten. Das Angebot verschiedener Kirchengemeinden war die vereinzelte Unterbringung, möglichst stillschweigend und auf das Einzelschicksal reduziert und möglichst ohne viele Reibepunkte. Sie zogen sich dabei auf formale Positionen zurück. So wollten sie auch gegen den Willen der Flüchtlinge diejenigen, die in Frankfurt ihren Asylantrag gestellt haben schnellstmöglich nach Hessen schicken. Unverantwortlich

gegenüber einzelnen Flüchtlingen war auch die Pressearbeit unterbringender Kirchenmitglieder. Journalisten wurden in Unterkünfte eingeladen, Flüchtlinge namentlich zitiert und abgebildet, ohne diese über Probleme aufzuklären, die sich daraus für ihre Asylverfahren ergeben.

Die Verhandlungen mit den Kirchengemeinden gerieten in eine Sackgasse. Die Flüchtlinge sollten ihr Angebot annehmen oder weiter vereinzelt versteckt bleiben. Ihre Angebote blieben reduziert auf Kleingruppenunterbringung, bei denen die Kirche auch noch forderte, daß die Flüchtlinge den Kontakt zu uns, den autonomen Flüchtlingsgruppen auflösen.

Im Interesse der Flüchtlinge mußte aber dringend eine gemeinsame Lösung gefunden werden. Deshalb besetzten wir am 1.10.1991 die Passionskirche am Marheinekeplatz. Unsere zentralen Forderungen an die Kirche waren dabei:

* Gewährung eines öffentlichen Kirchen-Asyls bis zur politischen Entscheidung.
* Gemeinsame Unterbringung in kircheneigenen Räumen
* Den politischen Druck auf den Senat zu verstärken, daß die Forderungen der Flüchtlinge erfüllt werden.

Nach gut 29stündiger Besetzung war klar, daß die Kirchenleitung den Flüchtlingen die gewünschte gemeinsame Unterkunft und Kirchenschutz zur Verfügung stellt und gleichzeitig Verhandlungen über deren Legalisierung mit dem Innensenator aufnimmt. Die Flüchtlinge haben dieses Angebot nach gemeinsamer Beratung unter sich angenommen. Heute findet der Umzug statt und die Flüchtlinge sind endlich zusammen untergebracht. Sie haben nun den Raum, sich selbst zu äußern.

Wir hoffen, daß dies für all die anderen, z.T. noch vereinzelt untergetauchten Flüchtlinge, eine Signalwirkung hat.

Jetzt gilt es verstärkt den politischen Druck zu entwickeln, daß die Flüchtlinge ihre Forderung nach Bleiberecht in Berlin durchsetzen können.

Hoyerswerda ist aber kein Einzelfall.

Kaum 1 Jahr nach der "historischen" Stunde der Angliederung der DDR an die Bundesrepublik ist mit den Ereignissen von Hoyerswerda die Gefahr eines erstarkten Neofaschismus real spürbar geworden. Flüchtlinge und ArbeitsimigrantInnen erleben in der Bundesrepublik eine staatlich gedeckte brutale Angriffswelle. Sie sind Opfer einer jahrelang geschürten Hetze.

Hoyerswerda ist keine Ausnahme, es ist Teil einer rassistischen Verfolgung, die sich in der ganzen Bundesrepublik durch die staatliche Rückendeckung in erschreckendem Maße ausbreiten konnte.

Wie anders sind die Aussagen der Landowskis, der Schäubles, der Rühes, der Däubler-Gmelins, der Schmitz und wie sie alle heißen, zu verstehen, die nach wie vor vom "*Mißbrauch des Asylrechts*", von "*stehlenden und betrügenden Ausländern*", von "*den unangepaßten und zu lauten Fremden*", vom "*übervollen Schiff*" usw. reden. Damit legen sie die Grundsteine für die unüberschreitbare Mauer, die das "europäische Haus" gegen Flüchtlinge/ArbeitsimigrantInnen aus der sogenannten Dritten Welt absichern soll. Jetzt, nach den Überfällen von Hoyerswerda stellen sie scheinheilig Empörung zur Schau und benutzen gleichzeitig die zunehmenden rassistischen Angriffe für die Verschärfung ihrer repressiven Asylpolitik.

Hoyerswerda und all die vielen anderen Orte zeigen, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Politiker Flüchtlingen und ArbeitsimigrantInnen die existenziellen Menschenrechte nicht gewähren wollen. Keiner dieser WortführerInnen in der Debatte um die Verschärfung des Asylrechts hat sich an einem der Orte gezeigt und durch eine klare Verurteilung der Vorkommnisse Position bezogen. Sie beharren darauf, die Schuld an den Ausschreitungen den Flüchtlingen und ArbeitsimigrantInnen zuzuweisen. Damit fordern sie geradezu weitere Angriffe heraus, verleihen sie doch den rechtsradikalen Angreifern ein deutliches Siegesbewußtsein. Ihre Lösung für die Flüchtlinge ist verschärfte Kasernierung.

DEUTSCH-SEIN ODER NICHT – DAS IST HIER DIE FRAGE!

(ZU INTERIM 163, S. 12-13)

Der Text,der sich ursprünglich mit dem Rassismus in der Linken auseinandersetzen sollte,verwirrt und vereinfacht an manchen Stellen mehr als er aufdeckt.Das fängt damit an,daß ich mich frage,ob ich nun "Deutscher bin,weil ich einen deutschen Paß habe,jedoch für alle sichtbar nicht-deutscher Herkunft bin. Kadriye Baksi stellt leider auch nicht klar,wo das "Deutsch-Sein beginnt,wo aufhört. Was sich mit dem "Deutsch-Sein" allerdings verbunden sein soll,kann ich in so einer verallgemeinernden Form überhaupt nicht nachvollziehen.

"Deutsch zu sein,d.h.,zu dem kleinen Teil der Menschheit zu gehören,der den größten Teil dieser Menschheit seit Jahrhunderten kolonialisiert hat, unterdrückt,ausbeutet,auf vielfältige Weise ethnisch,kulturell oder ganz real zu vernichten sucht."(Zitat)
Jede/n "Deutsche/n" für die deutsche Politik im Trikont verantwortlich zu machen,bedeutet soziale Gegensätze zu leugnen,Widerstand nicht zu beachten.Die zwangsläufige Zugehörigkeit zu einer Nation macht noch lange nicht verantwortlich für die Politik der jeweiligen Regierung. Genauso falsch wäre es,jeden türkischen Menschen für die Verfolgung der KurdInnen in der Türkei oder jede/n IrakerIn für die Massaker an den KurdInnen verantwortlich zu machen.Das Denken in Kategorien wie Volk,Nation,usw. verschleiert meistens die Widersprüche,die konkret in ihnen stecken.

"Deutsch zu sein heißt,in einer hochtechnisierten Überflußgesellschaft zu leben,die ihren geradezu perversen Reichtum aus dem Blut und denn Knochen der unterdrückten Völker preßt."(Zitat)
In "unsere" Überflußgesellschaft leben aber auch "AusländerInnen",die sehr oft den gleichen Lebensstandard wie "Deutsche" haben.

"Deutsch zu sein bedeutet,eine große ,helle Wohnung zu haben,(manchmal auch 100 qm pro Person)mit fließend warmem Wasser und Strom,mit Kanalisation,Telefon,Radio,Fernseher,ein Auto zu besitzen,noch nie im Leben gehungert zu haben,keinen wirklichen Mangel zu kennen,Anspruch zu haben auf medizinische und Altersversorgung.(Zitat)
Diese Privilegien haben aber alle,die arbeiten und Geld haben.
Die Nationalität ist nicht alleine entscheidend."Deutsch zu sein heißt kurz,mitzuprofitieren von Rassismus" durch "Billiglöhne,Rohstoffraub, Profiten deutscher Unternehmer aus Diktaturen,die mit Hilfe der dazugelieferten Weißen,die westliche Vorherrschaft blutig erhalten".
Das stimmt so auch nicht.Davon profitieren hier alle,die Geld haben. Deutsche wie "AusländerInnen" tanken das gleiche billige Öl,kaufen die gleichen billigen Schuhe +Elektrogeräte aus Südkorea,gehen zu Banken,die an Rüstungsfirmen beteiligt sind und kassieren Zinsen. In Diktaturen gibt es auch immer genug Leute in der eigenen Bevölkerung,die irgendwie davon profitieren.Die Grenze verläuft eben nicht nur an der Hautfarbe.

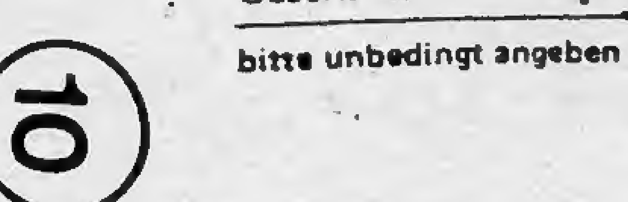
"Deutsch zu sein heißt,nie erlebt zu haben,von anderen einfach nur aufgrund des Aussehens angespuckt,beleidigt...zu werden." "...heißt auch,einen deutschen Paß zu haben und damit eine "Dauer-Eintrittskarte" in die gehobene Gesellschaft Groß-BRD und Westeuropa."
Ich und viele andere "AusländerInnen"der jüngeren Generation haben auch den deutschen Paß,sind aber trotzdem vom Rassismus betroffen, allerdings nicht mehr vom staatlichen.
Die Argumentation des Textes ist einfach zu schwarz-weiß(Deutsch= Täter,Nicht-Deutsch=Opfer).Deutsch-Sein wird auch nirgendwo klar definiert.Es wird so grob verallgemeinert,daß mich manche Sachen wie z.B. die mit der"großen,hellen Wohnung" an rechte Vorurteile wie "Die Türken nehmen Wohnraum weg";dabei hat jeder von ihnen ein Haus in der Türkei."erinnern,nur mit vertauschten Nationen.

Das Argumentieren mit so verallgemeinernden Begriffen wie Volk oder Nation birgt immer die Gefahr in sich,sich ein vereinfachendes Weltbild zu konstruieren,welches der widersprüchlichen Wirklichkeit aber nicht entspricht.

Den Sturz Saddams würde ich auch offen begrüßen.Die entscheidende Frage ist natürlich,wer ihn weswegen stürzt.

VENCEREMOS! (Wer ist "wir"?)

DER SCHWARZE (A)PFEL



BUNDESAMT
für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge
– Anerkennungsverfahren –

Gesch.-Z. [redacted]
bitte unbedingt angeben

ENTSCHEIDUNG

In dem Asylverfahren der Familie

1. Die Anträge auf Anerkennung als Asylberechtigte werden abgelehnt.

Begründung:

Die Antragsteller, jugoslawische Staatsangehörige, sind am [redacted] 1990 in den Geltungsbereich des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) eingereist und haben am 04. März 1991 die Anerkennung als Asylberechtigte beantragt.

Hinsichtlich der Einzelheiten des Sachverhaltes wird auf den Akteninhalt verwiesen.

Den Anträgen auf Anerkennung als Asylberechtigte kann nicht entsprochen werden. Die Antragsteller erfüllen nicht die Voraussetzungen des Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes (GG).

Anspruch auf Anerkennung als Asylberechtigter besteht, wenn der Asylbewerber für seine Person die auf Tatsachen begründete Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung hegen muß.

Begründet ist die Furcht vor Verfolgung dann, wenn dem Asylsuchenden bei verständiger Würdigung der gesamten Umstände seines Falles politische Verfolgung mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit droht, so daß ihm nicht zuzumuten ist, im Heimatstaat zu bleiben oder dorthin zurückzukehren.

Die drohenden Beeinträchtigungen sollen - sofern nicht unmittelbar Leben, Leib oder persönliche Freiheit gefährdet sind - nach ihrer Intensität und Schwere die Menschenwürde verletzen und über das hinausgehen, was die Bewohner des Heimatstaates aufgrund des dort herrschenden Systems allgemein hinzunehmen haben.

Für den Nachweis dieser Verfolgungsfurcht genügt, soweit zur Begründung des Asylbegehrens außerhalb des Geltungsbereichs des Asylverfahrensgesetzes vorgekommene Ereignisse angeführt werden, wegen des sachtypischen Beweisnotstandes im Asylverfahren die bloße Glaubhaftmachung dieser Vorgänge.
Für sogenannte Nachfluchtgründe ist jedoch der volle Nachweis zu erbringen.

Eine begründete Furcht vor politischer Verfolgung im zuvor beschriebenen Sinne haben die Antragsteller nicht glaubhaft machen können.

Die Antragsteller zu 1. und 2. haben in der persönlichen Anhörung gemäß § 12 Abs. 1 AsylVfG am 09.04.1991 von Benachteiligungen und Diskriminierungen, die sie aufgrund ihrer Herkunft als Roma ausgesetzt worden sind, berichtet.

Eine Verfolgung der Volksgruppe der Sinti/Roma durch staatliche Organe in Jugoslawien oder - in deren Mitverantwortung - durch private Dritte findet nicht statt.
Dies wäre nur dann der Fall, wenn die Gruppe als solche Ziel einer politischen Verfolgung ist, so daß im landesweiten, regionalen oder lokalen Bereich jedes einzelne Gruppenmitglied allein deswegen, weil es gruppenspezifische Merkmale aufweist, mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit politische Verfolgung zu befürchten hat.

Bei Berücksichtigung dieser rechtlichen Voraussetzung ist die Annahme einer den Roma/Sinti in Jugoslawien drohenden Gruppenverfolgung nicht gerechtfertigt, da der jugoslawische Staat im Gegenteil sogar bestrebt ist, diese Volksgruppe in das rechtliche und gesellschaftliche Leben Jugoslawiens zu integrieren.

Für den Nachweis dieser Verfolgungsfurcht genügt, soweit zur Begründung des Asylbegehrens außerhalb des Geltungsbereichs des Asylverfahrensgesetzes vorgekommene Ereignisse angeführt werden, wegen des sachtypischen Beweisnotstandes im Asylverfahren die bloße Glaubhaftmachung dieser Vorgänge.
Für sogenannte Nachfluchtgründe ist jedoch der volle Nachweis zu erbringen.

Diesen Anforderungen wird das Vorbringen der Antragsteller nicht gerecht, denn im Vergleich zu den Angaben brachten die Antrag-

steller bei der Anhörung im Rahmen der Vorprüfung nach § 12 AsylVfG eine gänzlich andere Schilderung ihres fluchtauslösenden Schicksals vor.

Die Schwierigkeiten, die der Antragsteller zu 1) vorgetragen hat hinsichtlich einer angeblichen Ladung zu einem Gerichtstermin, werden ihm nicht abgenommen.
Es ist auffällig, daß sie der Antragsteller bei seiner Erstbefragung durch die zuständige Ausländerbehörde mit keinem Wort erwähnt hat. Er hat seine Ausreise aus Jugoslawien zuerst nur dahingehend begründet, daß er als Roma die Situation in Jugoslawien als sehr schlecht empfunden hat, daß er keine Arbeit bekommen konnte, und daß die Roma keinerlei Rechte hätten.
Von irgendwelchen politischen Parteien oder Wahlen bzw. einer Ladung zu einem Gerichtstermin war seinerzeit überhaupt nicht die Rede. Da der Antragsteller jedoch im Rahmen seiner Vorprüfung vor dem Bundesamt diese angebliche Ladung als wesentlichen Bestandteil seines Asylbegehrens vorgebracht hat, ist davon auszugehen, daß er - wäre diese Ladung tatsächlich erfolgt - dies bereits bei seiner ersten Befragung auch erwähnt hätte. Es ist demnach daraus zu schließen, daß der Antragsteller diese Geschichte im Nachhinein konstruiert hat, um seine Ausreise in irgendeiner Form noch politisch zu begründen.
Dies muß jedoch als eindeutig gesteigertes Vorbringen angesehen werden, und wird dem Antragsteller nicht geglaubt.
Im übrigen hat die Ehefrau des Antragstellers (Antragstellerin zu 2)) diese angebliche Ladung auch mit keinem Wort erwähnt, und im Gegenteil vorgebracht, ihr Mann habe auch von Politik kaum eine Ahnung gehabt.
Wahr hingegen erscheint das Vorbringen der Antragsteller, daß sie Jugoslawien aufgrund ihrer schlechten Lebensverhältnisse verlassen haben. Es ist durchaus glaubhaft, daß sie keinerlei Arbeitsmöglichkeit hatten, und nur sehr schlecht dort leben konnten.

Die Antragsteller haben ihr Heimatland Jugoslawien nicht als politisch Verfolgte sondern als Auswanderer verlassen, wobei nicht verkannt werden soll, daß die Verhältnisse der Zigeuner schwierig sind.
Dies ist jedoch in Jugoslawien ebenso der Fall wie in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen Ländern Westeuropas (vgl. hierzu den Bericht von Jens Reuter: Eine ethnische Minderheit im Abseits, Zigeuner in Jugoslawien, in "Wissenschaftlicher Dienst für Südeuropa" Heft 12, 1980 Seite 301 ff.). Von einer politischen Verfolgung dieser Volksgruppe kann danach nicht die Rede sein. Auch weitere Auskünfte und Erkenntnisse (u.a. Auskunft des Auswärtigen Amtes vom 16.04.1982, 510-516.80 Jug; Gutachten des Instituts für Ostrecht der Universität Köln vom 18.11.1984 an das VG Hamburg) bestätigen, daß für eine offen oder gar offiziell geförderte Diskriminierung der Zigeuner in Jugoslawien nichts ersichtlich ist. Zusammenfassend stellt das o.a. Gutachten des Instituts für Ostrecht im Ergebnis fest:
"Die Wanderzigeuner in Jugoslawien haben eine reale Möglichkeit, seßhaft zu werden, ihren Lebensunterhalt auf legale Weise zu

verdienen, ihre Kinder in die Schule zu schicken, Ausweispapiere zu erhalten und anderes mehr, wenn sie von den angebotenen, von der offiziellen jugoslawischen Politik unterstützten Integrationsmaßnahmen Gebrauch machen".

An dieser Einschätzung ändert auch ein neu erstelltes Gutachten der Sachverständigen Karin Reemtsma von der Gesellschaft für bedrohte Völker vom 28.09.1985 für das VG Hamburg nichts. Das Verwaltungsgericht des Saarlandes hat in diesem Gutachten in seinem Urteil vom 28.08.1986 - Nr. 10 K 115/86 - folgendes festgestellt:
"Sie - die Kammer - vermag daher der dahingehenden Bewertung der Sachverständigen Karin Reemtsma von der Gesellschaft für bedrohte Völker (Gutachten vom 28.09.1985 für VG Hamburg) nicht zu folgen, die Roma seien Gegenstand der "systematischen Ausgrenzungspolitik" des jugoslawischen Staates und drohten Opfer eines "kulturellen Völkersmordes" zu werden; dies insbesondere schon deshalb nicht, weil das Gutachten teilweise Behauptungen enthält, die entweder überhaupt nicht (durch entsprechende Quellennachweise) belegt sind, oder sich jedenfalls nicht mit den zuvor angeführten Fakten vereinbaren lassen."

Nach alledem kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß in Jugoslawien eine Gruppenverfolgung der Zigeuner aus politischen Gründen nicht stattfindet. Diese Auffassung wird mittlerweile auch von der oberverwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung geteilt (vgl. OVG Hamburg, Urteil vom 25.01.1988 -Bf IV 12/87 -).

Auch sind dem Sachvortrag der Antragsteller keine Anhaltspunkte zu entnehmen, die zu einer anderen Beurteilung Anlaß geben könnten.

In het Oostduitse stadje Hoyerswerda,



Die von den Antragstellern speziell geltend gemachten Repressalien spiegeln vielmehr die Beeinträchtigungen wieder, wie sie alle Zigeuner bzw. Angehörige aus dem Volke der Roma allgemein hinzunehmen haben, ohne daß dabei - wie angeführt - die Schwelle der Asylrelevanz überschritten wird.

Weitere Asylgründe wurden nicht vorgetragen.
Auch wurden keine Nachfluchtgründe genannt.

Aufgrund des gesamten Sachverhaltes bleibt deshalb festzustellen, daß die Antragsteller weder in ihrer Heimat vorverfolgt waren, noch daß sie im Falle einer Rückkehr in ihr Heimatland mit Verfolgungsmaßnahmen zu rechnen hätten.
Hier sei im übrigen erwähnt, daß sie Jugoslawien auf legalem Wege und im Besitz ihrer gültigen Reisedokumente verlassen haben.

Auch allein die Asylantragstellung vermag die Anerkennung der Antragsteller als Asylberechtigte nicht zu rechtfertigen. Diese Einschätzung findet ihre Entsprechung nicht nur in der Entscheidungspraxis des Bundesamtes sondern vielmehr auch in der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung (vgl. OVG Hamburg, Urteil vom 25.01.1988 -Bf IV 12/87 -).

Aufgrund des vorliegenden Sachverhaltes liegen keinerlei Abschiebungshindernisse gemäß § 51 Abs. 1 AuslG vor.
Weitere Abschiebungshindernisse sind gegebenenfalls durch die entsprechende Ausländerbehörde zu prüfen.

Nach alledem waren die Anträge der Antragsteller auf Anerkennung als Asylberechtigte abzulehnen.

NACH LANGEM SCHWEIGEN ...

Ein Interview mit RARA (1)

Nach langem Schweigen läßt RARA wieder von sich hören. In dem folgenden Interview begründen sie dieses Schweigen. Zugleich wird die Veränderung in der politischen Praxis erörtert. In ihrem Kampf gegen Rassismus und Unterdrückung lag der Schwerpunkt anfangs auf Angriffen gegen die Apartheidspolitik; er hat sich nun auf die Flüchtlingspolitik in den Niederlanden verlagert. Ferner geht es um die Krise linker Perspektiven und um die Rolle von militantem Widerstand. Schließlich kommt die aktuelle Lage rund um den Golf zur Sprache.

"Warum dieses Interview?"

"Es ist unsererseits lange still gewesen. In dieser Zeit hatten wir ein paar Diskussionsrunden über die Frage, wie es weitergeht, über die politischen Perspektiven und über die veränderte Lage in der Welt und in den Niederlanden.
Wir standen vor der Entscheidung, wie üblich mit einem Kommuniqué in die Diskussion zu treten oder eine andere Form zu finden, um ausführlicher auf diese Dinge einzugehen. Wir haben uns für diese Form entschieden, weil sie uns die Gelegenheit bietet, über das Tagesgeschehen hinaus etwas zu sagen. Sie gibt uns zugleich die Möglichkeit, ausgiebiger auf Diskussionen einzugehen, die u.E. wichtig sind. Die derzeitige Situation ist miserabel. Die radikale und revolutionäre Debatte ist verstummt, zersplittert und orientierungslos. Diese Situation tritt vor allem in den Ländern der nördlichen Hemisphäre auf. Wir finden es wichtig, einen Beitrag zur Diskussion zu liefern und mit jenen Menschen in einen Dialog zu treten, die die Lust zu kämpfen noch nicht verloren haben, trotz der Tatsache, daß das Ende der Geschichte behauptet und das Ende der Ideologien proklamiert wird."

"Warum ist es solange still gewesen?"

"Dafür gibt es verschiedene Gründe, aber einer der wesentlichen Gründe, die wir nennen wollen, ist, daß wir die Zeit brauchten, um zu gucken, was sich nun genau verändert hat und ob wir daran Schlußfolgerungen für unsere Praxis knüpfen müssen oder nicht. Mit Veränderungen meinen wir die akute Verschärfung der Krise der Linken, die Orientierungslosigkeit linker Politik und die veränderte Perspektive.".

"Inwiefern hat sich diese Perspektive verändert?"

"Der Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus ist offensichtlich so überwältigend, daß viele Menschen im Norden zu vergessen scheinen, daß der Kapitalismus sich selbst auch in einer Krise befindet. Denn trotz aller Lobgesänge auf diese sog. soziale Marktwirtschaft wachsen die Gegensätze in der nördlichen Hemisphäre. Die explosive Lage der schwarzen Bevölkerung in den USA ist mehr als ein Mißklang in diesem Lobgesang. Was vor zehn Jahren noch auf der Hand zu liegen schien, steht nun zur Diskussion. Vor allem die Inhalte linker Politik sind verwässert.

In den 70er Jahren ging es der Linken noch um die Veränderung der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse, national wie international. Nun hat sich die Linke zurückgezogen aus der 'Debatte über die großen Probleme'.
Das läßt sich gut sehen an der Entwicklung von 'Groen Links' in den Niederlanden, aber auch an der der Grünen in Deutschland. Linke Politik ist ein Mischmasch geworden aus Individualisierung des Gesellschaftlichen garniert mit einem Tupfer life-style. Die Linke hat keinen Blick (mehr) für die internationalen Verhältnisse. Ging es in den 70er und 80er Jahren noch darum, die südlichen Länder in ihrem Kampf um eine ehrliche Verteilung des Wohlstands mittels einer 'neuen internationalen ökonomischen Ordnung' zu unterstützen, so findet man sich heutzutage, betrachtet man die Haltung während des Golfkriegs, mit der 'Neuen Weltordnung' von Bush und Co. ab. Leute, die - wie Anet Bleich (2) oder Wolf Biermann - für vernünftig gehalten werden, haben sich von dem einen auf den anderen Tag von der 'neuen Linken' weg zu 'Vorreitern' der internationalen Politik entwickelt.
Mit einem analytischen Vermögen, das gerade noch eine Maus von einem Elefanten unterscheiden kann, haben sie es verstanden, die gesamte Geschichte des Golfkriegs auf e i n e Frage zu reduzieren: für oder gegen Israel.
Aber die Krise der linken Perspektive läßt sich nicht ausschließlich auf Fehler der Linken zurückführen. Sie hat auch externe Ursachen. Offensichtlich besteht ein Zusammenhang zwischen dem zunehmenden Wohlstand und dem extremen Individualismus der Menschen. Weltverbessern ist 'out', wohlverstandenes Eigeninteresse 'in'. Hat Afrika Hunger? Klar doch, da lassen wir ein kleines Benefiezkonzert springen. Wirbelsturm in Bangladesh? Wo ist mein Scheckbuch?
Wohlstand und Individualismus münden in life-style Politik. Man ist nicht links, weil die Welt ungerecht funktioniert, Man ist liberal oder progressiv, weil man alles irgendwie ziemlich gemein findet, die Armut und den Hunger; oder wie die Illegalen hier leben müssen. Was man gemein findet, bekommt man von den Medien vorgesetzt und wird bestimmt durch ein aktuelles Ereignis, einen Zwischenfall, der gerade wieder ein klein bißchen schlimmer ist als jener Zwischenfall der vergangenen Woche.
Eine Weltbeschau, die Elend während eines Konzerts für die Kurden konsumiert - oder war es doch für Bangladesh? Naja, Hauptsache mein Haar sitzt gut. Die postmoderne Gesellschaft wird strukturiert durch Negation dessen, was wahr ist. Die Wahrheit liegt nicht säuberlich ausgebreitet auf dem politischen Markt, sie ist ein unverkäufliches Produkt.
Es ist diese psycho-soziale Struktur, die viele Menschen zermürbt. Durch die rasend schnellen Entwicklungen der abgelaufenen Jahre verläuft die Krise der Linken gesellschaftlich und individuell gleichzeitig. Jeder kennt einen anderen, der glaubt, genug gekämpft, gelitten oder geopfert zu haben und Hand an sein/ihr politisches Leben legt. Und jeder politische Selbstmord nagt an der eigenen Motivation, weiterzumachen.
Diese Gleichzeitigkeit des Individuellen und Gesellschaftlichen innerhalb der linken Identitätskrise macht es z.Z. sehr schwierig, Lösungen auszumachen. Wir wollen allerdings betonen, daß unsere Motivation, weiterzumachen, nicht ausschließlich von der Tatsache genährt wird, daß wir vor existentieller Entrüstung platzen, oder um es anders auszudrücken: 'es gibt noch andere Dinge, Leute.'

(1) Die Gruppe RARA sorgte Mitte der 80er Jahre in den Niederlanden durch eine Reihe von Anschlägen für Aufsehen, die sich vor allem gegen Firmen richteten, die im Südafrika-Geschäft tätig waren. Einen faktischen Erfolg konnten sie verbuchen, als der Makro-Konzern öffentlich erklärte, er würde sich aus Südafrika zurückziehen, nachdem eine Reihe von Lagerhallen in Flammen aufgegangen waren. Im April 1988 reagierte die niederländische Polizei mit Hausdurchsuchungen und Festnahmen, die sich jedoch als Flop erwiesen. Die Mehrzahl der Festgenommenen mußte am folgenden Tag wieder freigelassen werden. Im letzten Jahr gab es zwei Brandanschläge gegen Einrichtungen der Marechaussee, der - ähnlich wie dem Bundesgrenzschutz - in den Niederlanden die Kontrolle über die Einreise von Flüchtlingen obliegt. Für die Anschläge erklärte sich RARA verantwortlich.

(2) Anet Bleich ist eine in den Niederlanden bekannte linke Journalististin, die vor nicht allzu langer Zeit ein Buch mit dem programmatischen Titel "Abschied von links" publiziert hat.

Um dazu etwas Sinnvolles zu sagen, ist es vielleicht gut, eben zurückzublicken. Wir haben schon vor ein paar Jahren einen Kurswechsel in unserer politischen Praxis vorgenommen. Anfangs lag der Schwerpunkt unseres Kampfes gegen Rassismus und Unterdrückung im Angriff auf die Apartheidspolitik. Nach und nach haben wir uns dann auf die Flüchtlingspolitik in den Niederlanden verlegt. Aus unserer Geschichte heraus war das ein logischer Schritt.
Erstens weil wir denken, daß Raum für fundamentale Veränderungen im Westen selbst erkämpft werden muß.
Zweitens weil Flüchtlingspolitik in direkter Beziehung steht zum offenen, latenten und institutionellen Rassismus. Der Druck der Emigranten auf den Norden ist nicht Folge eines sog. parasitären Verhaltens von Wirtschaftsflüchtlingen, obwohl 'man' sich alle Mühe gibt, dies allgemein glauben zu machen. Wir lehnen diesen Begriff ab, weil er in erster Linie eine propagandistische Funktion hat. Er soll vor allem an die Angst der Niederländer appellieren, ihr Geldbeutel könne ihnen geklaut werden. Arbeitsemigration hat schon jahrhundertelang stattgefunden, und es ist auch keineswegs so, daß Europa dagegen ist oder sie nicht braucht.
Sie wollen lediglich bestimmen, welche Arbeitsemigranten wann kommen dürfen und welche nicht. Europa den Europäern.
Flüchtlinge kommen nicht zu ihrem Vergnügen hierher. Sie flüchten vor Armut, Krieg, (sexueller) Unterdrückung und Hunger. Und das sind durch die Bank politische Begriffe, mit denen wir arbeiten wollen. Sie repräsentieren für uns ein wichtiges Element, nämlich Internationalismus."
"Seht Ihr denn noch eine Chance oder Notwendigkeit für militante Politik? Mit anderen Worten: ist militanter Widerstand noch legitim?"
"Für uns ist militanter Widerstand legitim, weil er ein Mittel ist, um diese Probleme zu politisieren anstatt sie lediglich von einem humanitären Gesichtspunkt aus zu betrachten.
Ebenso wie andere haben wir den Zusammenschluß Europas als einen zentralen Punkt analysiert, in dem Entwicklungen wie in einem Netz zusammenlaufen, ein Punkt, der folglich angegangen werden muß. Aber wir sahen und sehen wenig Perspektive darin, unsere Praxis 'Gegen das Europa des Kapitals' zu richten. Nicht etwa, weil wir dafür wären, sondern, weil wir aus Schaden gelernt haben und uns der Tatsache nur allzu bewußt sind, daß man eine politische Praxis nicht allein auf politische Analysen gründen kann.
Man kann sich nicht gegen Abstraktionen wehren.
Mit andren Worten, eine solche Praxis könnte sich kontraproduktiv auswirken, weil man dazu neigt, Widerstand (sehen) zu wollen, wo er nicht ist. Wir sind der Meinung, daß man neben einer Analyse der Entwicklungen auch eine Analyse der politischen Verhältnisse machen muß und aus diesen beiden Strängen muß man Ziele für die eigene Praxis formulieren."

"Aber auf wen bezieht ihr euch dann? Wo seht ihr die Menschen, die ein Interesse an radikalen Veränderungen haben und diese auch wollen? Wen wollt ihr mit euren Aktionen mobilisieren?"

"Darauf haben wir keine eindeutige Antwort. Das sind für uns ebenso Fragen wie für euch. Wenn du meinst, ob wir z.Z. eine politische Bewegung sehen, auf die unsere Aktionen einen Effekt haben oder haben könnten und die wir mobilisieren könnten, dann ist die Antwort z.Z. ein vorsichtiges Nein. Aber das hängt sehr stark mit dem Thema zusammen, für das wir uns entschieden haben. Anders als beim Anti-Apartheidskampf haben die Flüchtlinge hier keine starke politische Lobby oder Solidaritätsbewegung. Und anders als beim Anti-Apartheidskampf ist die Flüchtlingspolitik auch nicht einfach auf ökonomische und politische Interessengruppen zurückzuführen. Der gesamte Komplex der Flüchtlingspolitik läßt sich beinahe ausschließlich in ideologischen Termen fassen. Er bewegt sich zwischen amtlichen Berichten des Außenministeriums (das fast immer sagt, daß in dem entsprechenden Land nichts los ist) und Kontaktbeamten, die mit einem Knopfdruck die Fluchtgeschichte mit den Kriterien in ihrem Computer vergleichen. Aber in diesem Sektor bewegt sich viel und wir denken, daß sich daraus eine starke Solidaritätsbewegung mit politischem Einfluß entwickeln kann. Die Basis dafür ist vorhanden. Die Leute, die sich nun darüber aufregen, wie die Niederlanden mit den Flüchtlingen umgehen, kommen zum größten Teil nicht aus den 'bekannten' Bewegungen wie Kraak-, Antimilitarismus- oder Anti-Apartheidsbewegung. Es sind oft Leute, die aus den freien Gemeinden der Kirche heraus arbeiten und deren Empörung und Engagement noch authentisch ist. Sie scheinen auch nicht so mit der linken Identitätskrise zu ringen.
Unsere Praxis zielt nicht so sehr darauf ab, diese Leute für die revolutionäre Sache zu gewinnen. Unsere Praxis ist eine Untersuchung und ein Kampf darum, ideologisches Terrain zurückzuerobern. Gerade jetzt, wo eingreifende gesellschaftliche Prozesse (wie die Einführung des Vertrags von Schengen und den daraus folgenden Konsequenzen für die Flüchtlinge u.a.) lautlos, ohne Diskussion von Bedeutung, über die Bühne gehen. Mit unserer Praxis wollen wir erzwingen, daß mensch Standpunkt bezieht."
"Ihr wendet euch gegen den Staat. Kann man den denn als 'allmächtig' begreifen? Ist es nicht eher so, daß Staat, Gesellschaft und Politik derartig miteinander verwoben sind, daß man den Staat nicht separat angreifen kann?"
"Ja, das stimmt, wenn man die Soziologie der Macht betrachtet. Aber wir suchen nicht so sehr eine Erklärung für das Phänomen Macht oder eine Erklärung für deren Aufbau. Wir sehen die Staatsmacht als ein politisches Faktum an. Wir begreifen den Staat nicht als den monolithischen Machtblock, wie er in den 70er Jahren verstanden wurde. Eher als ein Zentrum von Einflußsphären ökonomischer und politischer Interessengruppen, die auch im Konflikt zueinander stehen können. Du brauchst dir nur den Konflikt zwischen Kosto und der Kommission Mulder (3) anzugucken. Kosto will absolut nicht, daß eine Regelung für die Rechtsposition von Flüchtlingen kommt. Das bedeutet nämlich, daß diese etwa anhand der Europäischen Gesetzgebung überprüft werden könnte, und das könnte eine juristische Stärkung der Position der Flüchtlinge zur Folge haben. Kosto will eine repressive Flüchtlingspolitik, während sich Mulder an den Auftrag, den er von Lubbers bekommen hat, gehalten und eine 'ordentliche' Regelung entworfen hat.
Der Konflikt zwischen dem niederländischen Staatsrat und der Regierung (bzw. den Regierungsparteien) in Hinblick auf den Vertrag von Schengen bewegt sich auf einem vergleichbaren Niveau.
Aber wir wenden uns nicht wegen 'der Macht' gegen den Staat. Wir wenden uns dagegen, weil er das wichtigste Instrument in den Händen der politisch-ökonomischen Elite ist. Und wenn es um Flüchtlingspolitik geht, ist der Staat ganz bestimmt der wichtigste Gegner.

Weil sich der Charakter des Staats verändert hat, ergeben sich auch neue Möglichkeiten. Gerade aufgrund der Tatsache, daß sich die Wahrnehmung der Idee vom Staat seitens der Bevölkerung verändert hat, haben Politiker innerhalb des Staats große Probleme. Eines dieser Probleme ist, daß die einstige 'natürliche' Autorität des Regimes (und damit des Staats) einer erheblichen Erosion un-

---

(3) Aad Kosto ist Staatssekretär im Justizministerium und als solcher zuständig für die Asylpolitik. Welchen Ruf er sich dabei erworben hat, veranschaulicht die bei Demonstrationen häufiger zu hörende Parole: "Ik kots zó van Kosto!" Der Bericht der Kommission Mulder, der vor ein paar Monaten in der Öffentlichkeit bekannt wurde, scheint mittlerweile bereits wieder zu den Akten gelegt.

terliegt. Der Staat muß seine Maßnahmen und seine Politik ständig gegenüber der Bevölkerung legitimieren. Faktisch befindet sich der Staat in einem permanenten Zustand ideologischer Krise. Das ist die Kehrseite des Wohlstands und des Individualismus. Autorität muß sich verantworten und beweisen. Damit befinden sie sich ab und zu in einer mißlichen Lage und müssen Dinge, die den Interessen einer Gruppe dienen (wie der Zusammenschluß Europas), als etwas verkaufen, das von allgemeinem Interesse ist.
Deshalb müssen sie, wenn es keine Basis für die Durchführung einer repressiven Flüchtlingspolitik gibt, diese schaffen. Darin besteht die Empfindlichkeit des modernen Staats. Dinge wie Regieren und Politik sind ein Produkt geworden, das Marktmechanismen unterliegt. Und wenn sich der Staat ideologisch in der Defensive befindet, bedeutet dies mehr 'Raum'.
Aber das alles ändert nichts daran, daß die Konzentration auf den Staat auch mit Nachteilen verbunden ist. Von all dem, was Rassismus umfaßt, sind wir nur in der Lage, einen Teil aufzugreifen und auf's Tapet zu bringen. Aber im Moment müssen wir uns damit begnügen."

"Die letzte Frage: Warum habt ihr eigentlich im Zusammenhang mit dem Golfkrieg nichts gemacht?"

"Es ist ein schwieriger Balanceakt zwischen Wut und politischer Rationalität. Wir hatten uns viel damit beschäftigt, bis zu einem weit fortgeschrittenem Stadium. Aber wenn man arbeitet wie wir, ist man nicht ohne weiteres in der Lage, spontan zu reagieren. Unsere Vorgehensweise bringt nun mal eine bestimmte Vorbereitungszeit mit sich mit. Zeit, die uns die Entwicklungen während des Golfkriegs nicht gaben. Was auch den Ausschlag gab, war die absolut absurde Reaktion der Linken auf diesen Krieg. In dem Moment, wo die ersten Scuds auf Israel niedergingen, hörte die Linke in Niederland mit dem Denken auf und stimmte der herrschenden Golfomanie und Araberphobie weitgehend bei.
Dies sowie die Tatsache, daß es seitens der Linken kaum Widerstand gegen den Golfkrieg gab, bestimmte unsere Handlungsmöglichkeiten. Es ist die politische Rationalität, die dich zwingt, in dieser Weise die Wirkung deiner beschränkten Mittel zur Kenntnis zu nehmen. Mit einem Anschlag erreicht man nichts, wenn der Anschlag lediglich materiellen Schaden bringt und keinen politischen Effekt hat. Und nach diesen Demobilisierungsstrategien der Linken hinsichtlich des Golfkriegs sahen wir zu wenig Möglichkeiten, um eine politischen Wirkung zu erzielen. Fraglos hätten wir einen Effekt erreicht, wenn wir weitergemacht hätten, aber die Frage war, ob wir nicht - dadurch, daß der ganze Konflikt auf den Gegensatz eingeengt war, ob man für oder gegen Israel war - eine falsche Polarisation bewirkt hätten. In dieser Form wollten diese Debatte nicht führen. Wie schon früher gesagt, unsere Aktionen zielen darauf ab, Einfluß auf die politische Tagesordnung auszuüben. Eine der Voraussetzungen dafür ist, daß man eine Kontinuität in seiner Praxis wahrt und bestimmte Probleme so thematisiert, daß niemand daran vorbei kann. Diese Zielsetzung klingt sehr bescheiden, aber es ist das Ergebnis unserer Einschätzung der politischen Verhältnisse in den Niederlanden. Es ist weniger defensiv, als es scheint, obwohl es einen defensiven Aspekt hat. Es geht u.E. nämlich im Augenblick, in der Übergangsperiode vom Kalten Krieg zur Neuen Weltordnung darum, sowohl mit der Herausbildung des Machtblocks Europa als auch mit der zunehmenden Depolitisierung gesellschaftlicher Probleme in den Niederlanden politisch in Tuchfühlung zu bleiben. In einem Moment, wo sich dieses System überall in der Welt stets aggressiver entwickelt und im Norden mehr und mehr als Rationalität akzeptiert wird, sehen wir die Funktion unserer Art von militantem Widerstand darin, eine Bresche in die ideologische Hegemonie der politischen und ökonomischen Elite zu schlagen. Und vorläufig ist das unsere Strategie.

Revolutionaire
Anti
Racistiese
Aktie

17.30 FR 18.10.

Jugendszene, Gewalt und Gegengewalt: Auch in Berlin eine Schraube ohne Ende?

Wolfgang Gerke, Kriminalhauptkommissar Leiter der AG Gruppengewalt der Berliner Kriminalpolizei - Vortrag mit Diskussion -

Rapper, Shinheads, Hooligans . . . Fast täglich berichten die Medien über zunehmende Aktivitäten gewalttätiger „Jugendbanden". Im selben Maß verbreiten sich in der Bevölkerung Ängste und Verunsicherungen. Wird dabei übertrieben? Wird alles noch schlimmer? Gibt es politische Hintergründe? Wie sieht die Wirklichkeit aus? Zu fragen wird sein, wann und wie Gewalt entsteht und wie sie von Tätern und Opfern erfahren wird, vor allem aber auch, welche Faszination es eigentlich ist, die Kinder und Jugendliche motiviert, sich „Gangs" und „Banden" anzuschließen. Wolfgang Gerke kann sich in seinem Vortrag auf konkrete Berliner Erfahrungen beziehen, die ihm auch hilfreich sein werden, wenn es gilt, Ansätze und Strategien zu Vorbeugung und Konfliktlösung zu diskutieren.

URANIA-Reihe „Die Stadt, in der wir leben wollen"

Dienstag, 15. Oktober, 19.30 Uhr

Wolfgang Nagel,

Senator für Bau- und Wohnungswesen, Berlin:

Perspektiven der Berliner Wohnungssituation – lebenswert bauen, lebenswert wohnen

- Vortrag mit Diskussion -

Horrorszenarios: In Berlin fehlen derzeit 90 000 Wohnungen. Tendenz steigend! Berlin boomt. Metropolen- und Hauptstadtpläne können unbezahlbare Wohnungsmieten in der City nach sich ziehen, Verdrängungsprozesse auslösen, zu chaotischer Zersiedlung des Umlandes führen. Fakten: Berlin ist auch 1991 die „Hauptstadt des Wohnungsbaus und der Stadterneuerung", 1992 sollen 14 000 öffentlich geförderte Wohnungen entstehen. Berlins Bausenator zwischen Skylla und Charybdis? Worin sieht er seine Hauptaufgaben für die Zukunft? Welche Chancen räumt er der Sicherung preiswerter Mieten ein, wird innerstädtisches Wohnen weiterhin möglich sein in einem lebendigen, lebenswerten Berlin? Wolfgang Nagel informiert und diskutiert in der URANIA!

Urania BERLIN

Zwischen Verwertung und Sozialrevolte

Flüchtlings- und Migrationspolitik im "Neuen" Europa

VORBEMERKUNGEN

Im Hinblick auf die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik in einem "Vereinten Europa" prägen Schlagworte wie die "Festung Europa", die "Abschottung der Grenzen" und ähnliche Beschreibungen die Diskussion. Unserer Meinung nach erklären diese Bilder nur unzureichend , was Ziel einer koordinierten westeuropäischen Flüchtlings- und MigrantInnenpolitik ist. Im folgenden soll skizziert werden, mit welchen Zielen und unter welchen Rahmenbedingungen eine solche entwickelt und durchgesetzt wird bzw. werden soll.

Zu den Begrifflichkeiten: wir sprechen i.d.R. von Flüchtlingen <u>und</u> MigrantInnen, da sonst überlicherweise mit Flüchtlingen lediglich diejenigen assoziiert werden, die unter das Asyl(un)recht fallen. Diese Kategorien der Herrschenden können nicht hur beliebig, je nach Lage des Arbeitsmarktes, verengt und erweitert werden, sondern sind im Kern schon Selektions- und Spaltungsinstrumente. Sicherlich gibt es unterschiedliche Wanderungsmotive, die aber im Einzelfall meist gar nicht zu trennen sind. Dies ist auch überhaupt nicht unserer Interesse. Die Menschen, die sich auf den Weg nach West-Europa oder sonstwohin machen, haben ein Recht darauf, auch dorthin zu kommen und zu bleiben, allein schon deshalb, weil sie es wollen.

1. ZUR FUNKTION VON GRENZEN IN EINEM "VEREINTEN EUROPA"

Kernpunkt aller Anstrengungen in Richtung einer koordinierten Flüchtlings- und Einwanderungspolitik ist die Schaffung eines Instrumentariums zur <u>Regulierung</u>, <u>Selektion</u> und <u>Kontrolle</u> von Wanderungsbewegungen. Migration soll in Zukunft über nationalstaatliche Grenzen hinaus unter dem Aspekt des Verwertungsinteresses flexibel steuerbar sein. Für die Herrschenden gilt es <u>unkontrollierte</u> Einwanderung zu verhindern, nicht aber Migration an sich. Die Funktion von Grenzen, auch in einem "Vereinten Europa" lassen sich nicht auf den Begriff der Abschottung reduzieren, sondern auch hier sind sie Regulierungs- und Kontrollinstrumente zur Steuerung von Migration. Zum Untertitel *"Völkerwanderung aus dem Osten: Armut, Reisemöglichkeiten, Angst vor Unruhen und Umsturz treiben die Menschen in Richtung Westen. Die Wohlstandsstaaten lassen die*



Schlagbäume herunter. Gefragt ist aber keine Festung Europa, sondern eine neue Einwanderungspolitik" führt "Die Zeit" die Vorstellungen des Europarates im folgenden weiter aus. So plädiert die Generalsekretärin des Europarates Lalumiere auf einer außerordentlichen Ministerkonferenz zum Thema "Wanderungsbewegungen" am 24./25.Jan.91 in Wien für eine flexible und transparente gesamteuropäische Einwanderungspolitik. *"Die "Keine-Immigranten-Politik" Westeuropas mute da geradezu absurd an. Den Straßburgern schwebt die Einrichtung einer gesamteuropäischen "Beobachtungsstelle" vor, die die Wanderungsbewegungen und ihre Ursachen im Auge behalten, Aufnahmekapazitäten in den einzelnen Einwanderungsländern ermitteln, über Arbeitskräfteverteilung berichten und soziale Spannungen im Vorfeld erkennen soll. Im Europarat plädiert man für eine multilateral abgestimmte "kontrollierte Öffnung". Wie die aussehen könnte, demonstrieren seit langem die USA, Australien und Kanada: Sie kontingentieren die Zuwanderung* ("ZEIT", 15.2.91)". Und Kontingentierung meint hier natürlich nicht nur die quantitative, sondern auch die "qualitative" Auswahl, wer einreisen darf und wer nicht.

So strittig auch z.Z. noch die "geeigneten Maßnahmen" zur Kontrolle von Wanderungsbewegungen sein mögen, so läßt sich doch deutlich ein gemeinsames Ziel der westeuropäischen Staaten ausmachen: die (absolute) Kontrolle, wenn möglich schon in den Herkunftsländern, spätestens aber an den Grenzen, darüber, zu welchem Zeitpunkt, wieviele und für wie lange Menschen nach West-Europa einreisen dürfen und zwar "sortiert" nach Kriterien der Verwertbarkeit: nach Alter, Qualifikation, Geschlecht, politischer Gesinnung, Hautfarbe usw.

Eine koordinierte Flüchtlings- und MigrantInnenpolitik wird sich zwischen den zwei Eckpunkten von einerseits Abschottung und Abschiebung nicht "Verwertbarer" und andererseits der kontrollierten Einwanderung und Anwerbung von "billigen" Arbeitskräften bewegen. Kernpunkt ist die effizientere Verwertung und Vernutzung von Flüchtlingen und MigrantInnen und, um auf den Anfang zurück zu kommen, die Regulierung, Selektion und Kontrolle



von Wanderungsbewegungen.

Die Rahmenbedingungen und die Instrumente einer koordinierten Flüchtlings- und MigrantInnenpolitik im Europäischen Binnenmarkt sollen im weiteren genauer beleuchtet werden.

2. DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG UND ARBEITSMARKT IN WEST-EUROPA

Für die Herrschenden gibt es mittel- und langfristig in der Tat einige Entwicklungen, die aus ihrer Sicht eine gezielte Einwanderungspolitik notwendig machen.

Demographische Entwicklung

Sorgen bereitet vor allem die mittlerweile viel zitierte Bevölkerungsentwicklung in Westeuropa, sorgenvoll auch die "demographische Zeitbombe" oder die "Vergreisung der Gesellschaft" genannt und die daraus resultierenden Folgen für Arbeitsmarkt und Gesellschaft. Auch wenn diese Entwicklungen erst in den nächsten 5-10 Jahren deutlicher zum Tragen kommen, besteht auch jetzt schon für die Kapitalisten Handlungsbedarf.

"Der Rückgang der Geburtenzahl und die dadurch ausgelöste Überalterung der Bevölkerung ist kein auf Deutschland beschränktes Phänomen: In ganz Europa sinkt die Geburtenrate. In Ita-

lien wurden in den vergangenen Jahren sogar vergleichsweise weniger Kinder geboren als in der Bundesrepublik – nur 1,3 Kinder je Ehepaar. In der Bundesrepublik waren es immerhin noch 1,7. Nach der Statistik der Bevölkerungswissenschaftler sind aber 2,1 Kinder je Familie notwendig, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten. (...) Ähnlich ist die Entwicklung in Großbritannien: die Altersgruppe der berufsanfänger zwischen 16 und 24 Jahren wird in den nächsten 7 Jahren um ein Fünftel oder 1,2 Millionen auf unter 5 Millionen Menschen schrumpfen – Lehrlingsmangel somit auch in England. Ein Geburtenüberschuß weist in der Europäischen Gemeinschaft nur noch das katholische Irland auf – auch in Ländern wie Portugal, Spanien und Griechenland sind die Geburtenraten längst unter die sogenannte Reproduktionsrate von 2,1 Kindern je Familie gesunken. (...) In den osteuropäischen Ländern wiederholt sich die Entwicklung des Westens: Längst ist das Geburtenverhältnis in Deutschland Ost ähnlich niedrig wie in Deutschland-West. In Polen, Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei und im europäischen Teil der Sowjetunion – überall sinken die Geburtenzahlen, und die Bevölkerung beginnt zu schrumpfen." (Tichy, 1990). Da aber in den meisten EG-Ländern die Nachfrage nach Arbeitskräften schneller steigt als das Angebot, wird der Arbeitskräfte"mangel", der heute schon in manchen Regionen und Branchen konstatiert wird, rasant steigen (vgl. u.a. Konle-Seidl u.a. 1990). *"Die Wirtschaft dürfte ohnehin noch in den 90er Jahren nach Einwanderung verlangen, wenn Produktionsengpässe und offene Stellen weiter zunehmen."* (Schmid, 1989).

Selbst ehemals klassische Auswanderungsländer wie Italien, Spanien oder Portugal sind längst zu Einwanderungsländern geworden. In Italien wird die Zahl der illegalen Einwanderer auf rund 2 Millionen Menschen geschätzt (Wirtschaftswoche, 16.11.90), die, zum Großteil geduldet, die italienische Witschaft mit am Laufen halten. *"Der schwunghafte Menschenhandel versorgt Industrie, Landwirtschaft und Handel mit billigen Arbeitskräften, und die Sklavenhändler halten die illegal Arbeitenden unter Kontrolle. Das Heer der modernen Sklaven stellen meist Afrikaner, die eigens für die schlecht*



bezahlte Arbeit angeworben werden." (Kongreß Reader, S.20).

Von einem allgemeinen Arbeitskräfte"mangel" kann allerdings nicht die Rede sein. Vielmehr ist zwischen einem quantitativen und einem qualitativen "Mangel" zu unterscheiden, der zudem noch regional und branchenmäßig differenziert werden müßte.

Ein zahlenmäßiger Arbeitskräfte"mangel" bezieht sich in erster Linie darauf, daß, für's Kapital, nicht genügend junge Leute auf den Arbeitsmarkt nachrücken; eine Folge der Bevölkerungsentwicklung. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber spricht bereits von einem "bedrohlichen Nachwuchsmangel", und verweist allein in der BRD auf 200.000 offene Lehrstellen (FAZ, 4.10.90). Für England wurden ja bereits weiter oben ähnliche Tendenzen aufgezeigt. In den anderen europäischen Länder ist, mit einiger zeitlicher Verzögerung, ebenfalls diese Entwicklung vorauszusehen.

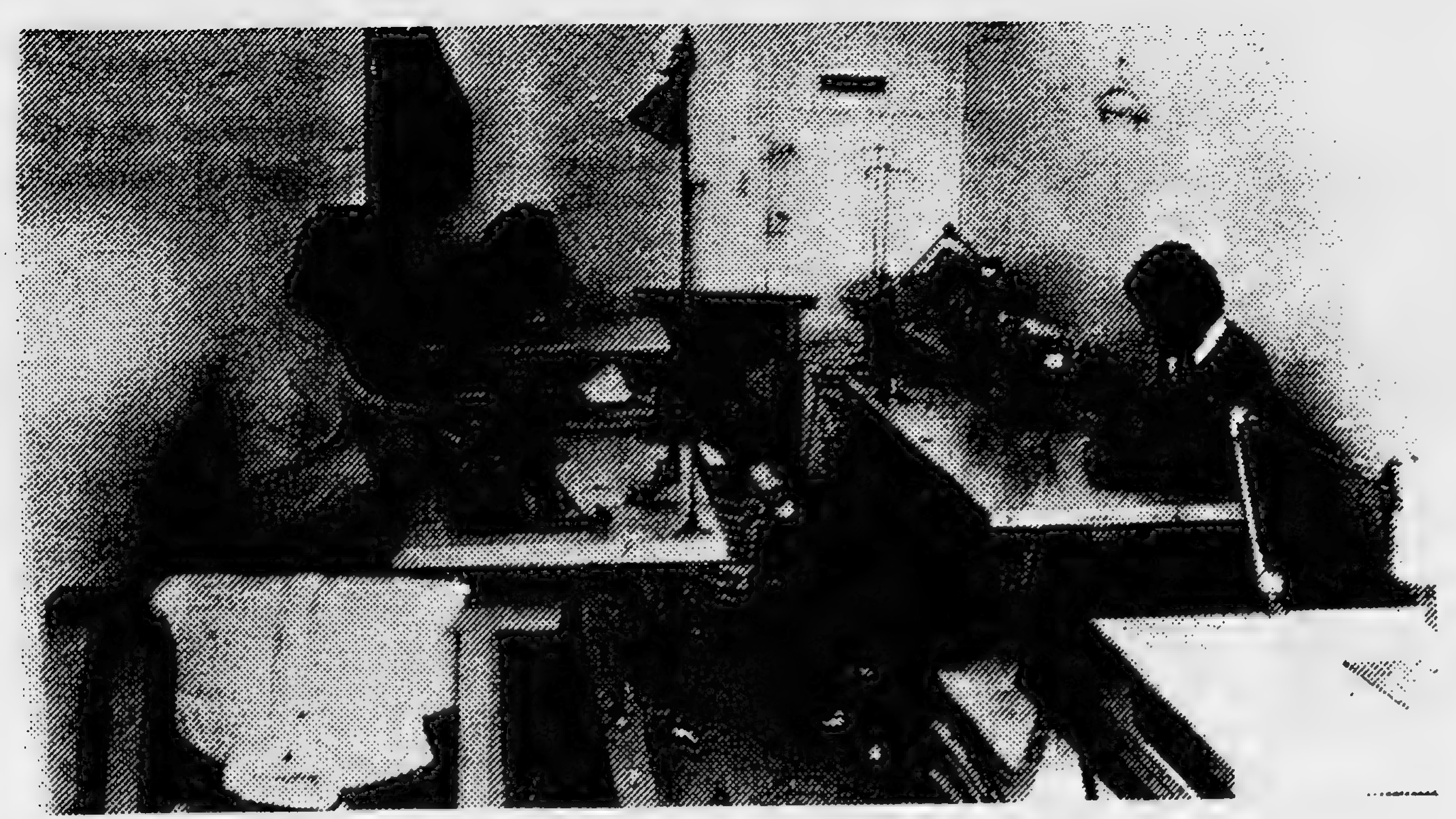
Entwicklungstendenzen des westeuropäischen Arbeitsmarktes

Aber die Herrschenden plagen nicht nur "Nachwuchssorgen". Die Nachfrage läßt sich in vielen Branchen mit dem vorhandenen Angebot nicht decken: im Baugewerbe, in der Chemieindustrie, im Handwerk und im Dienstleistungssektor - hier vor allem im Pflegebereich und im Hotel- und Gaststättengewerbe - werden händeringend Arbeitskräfte gesucht. Das der "Mangel" kein rein zahlenmäßiger ist, wird vor allem in diesen Bereichen deutlich. Gesucht werden junge, leistungsfähige, flexible und vor allem billige Arbeitskräfte. Der sogenannte Pflegenotstand könnte relativ schnell behoben werden, wenn sich die Arbeitsbedingungen grundlegend verändern und die Bezahlung sich entscheidend verbessern würde. Das allerdings kommt den Kapitalisten zu teuer, gibt es doch die Möglichkeit billige Arbeitskräfte von außerhalb zu importieren. Und tut sich der Staat noch schwer damit, so wird auf Privatinitiative zurückgegriffen: in Hamburg z.B. schickte das Universitätskrankenhaus Eppendorf ihre Anwerber nach Jugoslawien auf der Suche nach geeigneten, billigen Pflegekräften. Der florierende Frauenhandel für alle möglichen Arten der Dienstleistungen, die legale und illegale Beschäftigung von Flüchtlingen und MigrantInnen zu Hungerlöhnen im Hotel- und Gaststättenbereich, in der Landwirtschaft, im Baugewerbe usw. sind weitere Beispiele dafür, daß es um mehr als nur um einen zahlenmäßigen Arbeitskräfte"mangel" geht.



Auch die hohe Zahl der Erwerbslosen in ganz West-Europa ist kein Widerspruch zu dem vom Kapital konstatierten Arbeitskräfte"mangel". Ein Teil der Erwerbslosen rotiert eh, ist also mal erwerbslos, mal lohnarbeitet er/sie. Der andere, große Teil ist für's Kapital schlicht nicht verwertbar, weil sie "zu alt" sind, "falsch qualifiziert", "nicht leistungsfähig genug" sind, oder wie es so schön heißt: *"die Arbeitsplatzwünsche fallen hinsichtlich Ort und Arbeitszeit mit den Angeboten auseinander"* (vgl. Deutsche Bundesbank 1989 und Konle-Seidl u.a. 1990).

Das letztgenannte deutet ein grundsätzliches "Problem" der Kapitalisten an: die hier zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte sind nicht flexibel und mobil genug. Zudem halten die ArbeiterInnen an einmal erkämpften Standards, wie Tariflöhnen, Arbeitszeitregelungen etc. fest, und sind i.d.R. nicht bereit, Verschlechterungen hinzunehmen. Diese "Verkrustungen" des Arbeitsmarktes gilt es seitens des Ka-



Illegale ImmigrationsarbeiterInnen in der Pariser Konfektion

pitals durch eine "Deregulierungsoffensive" aufzubrechen. Den Flüchtlingen und MigrantInnen wird hier der aktive Part zugedacht. N. Walter, Chef-Ökonom der Deutschen Bank bringt das am Beispiel der AussiedlerInnen in der BRD – aber durchaus verallgemeinerbar – folgendermaßen auf den Punkt: *"Die Schwierigkeiten beginnen bei der Überregulierung auf dem Arbeitsmarkt. Erinnert sei an die vielen Schutzklauseln zum Beispiel für Jugendliche und Frauen die für diese Gruppe beschäftigungshemmend wirken, und an das System der Mindestlöhne, das vor ruinöser Konkurrenz schützen soll, aber einseitig die Arbeitsplatzbesitzer begünstigt. Erinnert sei auch an die starren Arbeitszeitregelungen und die anhaltenden gewerkschaftlichen Bestrebungen, die Arbeitszeit weiter zu verkürzen. All diese Maßnahmen sind ein Problem gerade für die Aussiedler. Ihre Bereitschaft, mehr und zu geringeren Löhnen, aber auch zu unüblichen Zeiten zu arbeiten, läßt sich am Markt nur unzureichend verwerten. (...) Mehr Flexibilität ist jedoch nicht nur am Arbeitsmarkt zu erwarten. Die Aussiedler tragen auch zur Dynamisierung der Gesellschaft bei. (...) Ist das System nicht vollständig rigide, erlaubt es also zumindest gewisse Formen des Aktivwerdens der jungen Herrausforderer, zum Beispiel als Selbstständige oder wenigstens in Form der Schwarzarbeit (!), so schwindet faktisch die Bedeutung der distributiven Koalitionen, sprich der Gewerkschaften, der Verbände und etablierten Unternehmen"* (FAZ, 5.8.89). Das Zitat macht deutlich, daß Deregulierung und Flexibilisierung am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft auch über das Instrument der Klassenspaltung durchgesetzt werden soll. Hier deuten sich unterschiedliche Tendenzen an. Zum einen stellen Flüchtlinge und MigrantInnen in der Tat ein – ungewolltes – Flexibilisierungspotential dar: viele – vor allem die Illegalen – sind gezwungen, unter miesen Bedingungen für wenig Geld zu schuften, um einigermaßen ihre Existenz absichern zu können. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, wie lange und in welchem Umfang sie dies hinnehmen werden. Die Arbeitsmotivation und das "Einfinden in den westlichen Arbeitsrythmus" der Menschen aus Osteuropa bereitet den Kapitalisten schon jetzt mehr Schwierigkeiten als erwartet. Syndikalistische Zusammenschlüsse und Hausbesetzungen von Illegalen in Italien, deuten ebenfalls an, daß eine völlige Entrechtung auf Dauer nicht ohne Widerstand bleibt. Es wird sich am realen Klassenverhalten zeigen, ob die Rechnung mit der Klassenspaltung zur Deregulierung aufgeht.

Migration innerhalb West-Europas

Diese skizzierte Entwicklung des Arbeitskräfte"mangels" wird <u>**nicht**</u> durch

eine inner westeuropäische Wanderung, wie häufig vermutet, ausgeglichen werden. In der BRD z.B. ist die sogenannte Wanderungsbilanz negativ, die Zahl der ArbeiterInnen aus anderen westeuropäischen Ländern also seit Jahren rückläufig. Von 730.000 im Jahr 1977 ist die Anzahl im Laufe von 10 Jahren auf 490.000 in 1987 zurückgegangen und eine Änderung des Trends ist nicht in Sicht (vgl. FAZ, 21.4.90). In Frankreich haben die nordafrikanischen Flüchtlinge und MigrantInnen längst die Stelle der spanischen und portugiesischen Arbeitssklaven in der Gemüseernte oder bei der Weinlese eingenommen (FAZ, 3.5.90). Verantwortlich hierfür ist zum einen die bereits beschriebene Bevölkerungsentwicklung in (fast) ganz (West)Europa und zum anderen die "mangelnde Mobilität" der westeuropäischen ArbeiterInnen, die sich auch durch den endgültigen Wegfall der Binnengrenzen nicht ändern wird. T. Straubhaar beschreibt dies in einem Artikel über Migration im Europäischen Binnenmarkt als typisch für die westeuropäischen ArbeiterInnen: sie ziehen es vor, zu Hause arbeitslos zu sein, nach Jobs nur in ihrer näheren Umgebung (also in den nächstgelegenen Städten oder Nachbardörfern) zu suchen, als auszuwandern (Straubhaar, 1988).

Eine Ausnahme könnten die Grenzregionen innerhalb West-Europas sein. *"Ökonomische Grenzregionen wachsen wahrscheinlich zusammen. Bestimmte Euro-Regionen können entstehen, wo nationalstaatliche Grenzen zunehmend ihre trennende Funktion verlieren. Pendelverkehr, wo Wohnsitz und Arbeitsplatz in verschiedenen Staaten liegen, könnte hier zunehmen."* (Heinz, 1990).

Das Fazit auf Seiten der Kapitalisten ist so einmütig wie eindeutig: *"Das Resevoir des 21.Jahrhunderts ist die Dritte Welt"* (M. Miegel, in FR, 6.5.89), oder wie der Autor J. Schmid es in einer Untersuchung über die Bevölkerungsentwicklung in der BRD beschreibt: *"Es führt also kein Weg an einer Einwanderung vorbei, und es wird eine außereuropäische und fremdenkulturelle Einwanderung sein."* (Schmid, 1989).


Nach den "Wilhelmsburger Unruhen": türkische Jugendgang, Hamburg 1990

3. MIGRATIONSBEWEGUNGEN IN DEN 90ER JAHREN

In den 80er Jahren wurde bereits eine Entwicklung deutlich, die in ganz West-Europa hektische Aktivitäten seitens der Herrschenden auslöste: in fast allen westeuropäischen Ländern nahm die Anzahl der Flüchtlinge und MigrantInnen aus den Drei Kontinenten spürbar zu. Waren bis Mitte/Ende der 70er Jahre die "Brennpunkte" der Migrationsbewegungen regional begrenzt, konzentrierten sich also in der Regel auf die jeweiligen Nachbarländer, so deuteten die Flüchtlingszahlen in Westeuropa Anfang der 80er eine An-

Fortsetzung folgt im nächsten Heft

Zum Konflikt zwischen 2 verschiedenen Linien innerhalb der Autonomen

Wir bemühen uns mit diesem Papier die feindliche Haltung einiger Teile der sogen. Autonomen , die sich in letzter Zeit in Wort und Tat auf der Straße und am Tisch offenbarte, aus unserer Sicht darzustellen.
Einige Gruppierungen fühlen sich zum Staatsschützer und Hilfssheriff berufen.
Es fragt sich was oder wen diese Leute für gewalttätig halten, strukturelle Gewalt, die sich z.B. in Bullenterror manifestiert oder diejenigen, die sich ihre Gegenwehr nicht vom Rahmen der freiheitlich,demokratischen Grundordnung diktieren lassen?
Ausländische Jugendliche (weiblich und männlich), die tagtäglich zu Opfern des hier herrschenden latenten Rassismus werden und sich dagegen zur Wehr setzen?
Allen denjenigen, die sich militant gegen Faschismus, Rassismus, Sexismus und Staatsgewalt zur Wehr setzen wird in den einschlägigen Szenepublikationen blinder Aktionismus unterstellt. Sie werden als "Macker, Betonköpfe, breitbeinige Cowboys" etc. diffamiert.
Signifikant ist, daß, die von diesen autonomen Hilfssheriffs praktizierte Zurückhaltunggegenüber Bullen und Nazis, uns gegenüber in Blanken Haß umschlägt.
Da diesen Leuten jegliche argumentative Grundlage zu fehlen scheint, artikuliert sich dieser Haß in oben genannten ungeheuerlichen Beschimpfungen (siehe auch Interim Nr. 163 S. 9,10, BZ Nr. 12)
Im folgenden möchten wir diesen Konflikt am Bsp. Hoyerswerda aufzeigen.
Hier handelte es sich um die Zuspitzung einer seit Jahren bestehenden und immer heftiger werdenden Auseinandersetzung zwischen ,wahrscheinlich alt gewordenen Autonomen u. Reformisten einerseits u. Autonomen für die der Kampf gegen den Staat nach wie vor auch radikal auf den Straßen und im direkten Angriff gegen Faschisten geführt werden muß,andererseits.

Zuerst zum Bullenpapier, daß auf der VV am 30.9.91 zu Hoyerswerda verteilt wurde. Dazu hat sich niemand bekannt und wurde schon auf der VV als Staatsschutzpapier abgehakt. Dieses Papier enthält Namen, es denunziert bewußt Gruppen. Dafür gibt es keine Entschuldigung. Denunzianten sind nicht besser als Bullen.
Außerdem setzt dieses Papier inhaltlich und praktisch unterschiedliche Gruppen mit der RIM gleich. Dies obwohl diese Leute wissen, daß die genannte Gruppe, trotz aller Kritik an der arroganten Umgehensweise der "Szene" mit der RIM, selbst schon mehrere harte Auseinandersetzungen mit der Rim ausgetragen hat.
ZU den konkreten Vorwürfen:
1. Das angebliche ZDF-Kamerateam war nicht als Presse ausgezeichnet, weder die Personen noch die Kamera.Dazu hatten diese gezielt,versucht eine größere Gruppe größtenteils vermummter Personen abzufilmen.Sie machten keine Gesamtaufnahme von der Demo sondern genau an der BGS-Blockade Portraitaufnahmen, was sie totz Aufforderung dies zu unterlassen,fortführten. Bei ihrer Überprüfung setzten sie sich massiv zur Wehr, womit sie die Verantwortung für den Angriff selbst zu tragen haben.
Das ZDF versuchte außerdem schon immer solche Aufnahmen für ihren Sensationsjournalismus zu nutzen und militante AntifaschistInnen mit Nazis gleichzusetzen.

Zum zweiten Vorwurf:
Drei Personen "aus unseren Zusammenhängen" wurden durch Knüppelschläge verletzt.
Diese sollen von den genannten Gruppen angegriffen worden sein.
Dazu einige Beobachtungen:
Nachdem die Demo an der ersten Bullensperre anhalten mußte herrschte erstmal Ratlosigkeit.Ohne die DemoteilnehmerInnen zu informieren fanden dann Verhandlungen zwischen der Demoleitung und den Bullen statt.
Während dieser Zeit begann eine beträchtliche Anzahl von DemonstrantInnen Steine auszubuddeln. Zu diesem Zeitpunkt war noch offen, ob die BGS-Sperre mit Hilfe der Steine angegriffen und durchbrochen werden sollte. Vor allem waren die Steine als Schutzmaßnahme gedacht, für den Fall das die Bullen die Demo angreifen würden (Dies war zum dem Zeitpunkt nicht auszuschließen)
Dies wurde auch immer wieder versucht den anderen Menschen auf der Demo zu vermitteln. Trotzdem wurden die Leute anfangs massiv daran gehindert Steine auszubuddeln und später gezielt angegriffen. Es entstanden Rangeleien, wo versucht wurde die militanten Gewaltfreien abzudrängen. Diese versuchten immer wieder durch Schläge ins gesicht und Unterleib, durch Tritte und Würgegriffe ihre Behinderungsaktion fortzusetzen.
sie schlugen vor allem auf ausländische Jugendliche und GenossInnen einund beschipften sie als Faschisten und Macker,sowie mit :"Ihr gehört nicht zu uns".
Bei der zweiten Absperrung wurden die BGS-Einheiten schon bald von einigen DemoteilnehmerInnen mit Steinen und Pyros angegriffen. Diese Angriffe kamen aber größtenteils nicht von den Menschen die an der oben genannten Auseinandersetzung zwischen DemoteilnehmerInnen beteiligt waren.
Trotzdem wurden sie , nur weil sie vermummt waren, immer wieder von Leuten angegriffen und als "Macker" und "DummScheißer" bezeichnet. Menschen die vorne Steine warfen wurde mit einem Faustschlag ins Gesicht signalisiert:"Keine gewalt".
Wenn auf Leute, die gegen Bullen vorgehen, sowohl physisch als auch psychisch Gewalt ausgeübt wird, müssen sich die AngreiferInnnen nicht wundern, wenn zurückgeschlagen wird.
Es sollte hier nicht darum gehen , Verletzungen und Angriffe gegeneinander aufzurechnen, sondern nur darum zu zeigen, wie Menschen von wenigen massiv daran gehindert werden, eine militante Verteidigung oder einen gezielten militanten Angriff gegen Bullen durchzuführen, was in dieser Weise nie als autonome Zielsetzung in Frage gestellt wurde, und diese GenossInnen als "Dumme, nichtdenkende blinde AktionistInnen" beleidigt wurden.
Die gezielt immer wieder verwendete Formolierung "Macker, Machomilitante .." soll suggerieren, daß es sich bei uns um reine Männergruppen handelt, die auch nur machomäßig vorgehen und soll verhindern, daß sich Frauen mit unserer Politik solidarisieren. Gegen diese Rollenzuweisung als verständnisvolle Schlichterinnen

werden wir,Frauen aus den hier genannten Gruppierungen,uns auch weiterhin entschieden zur Wehr setzen.

Zum Lautsprecherwagen:

1.Es war ein gefährlicher Fehler,durch den Lautsprecherwagen DemoteilnehmerInnen aufzufordern,die"Steinebuddler" zu behindern.Dies hat sehr zu der bereits beschriebenen Eskalation beigetragen.

2. Es war eine politische Kapitulation die Demo vorschnell als aufgelöst zu erklären,obwohl weder die Demo ,noch der Lautsprecherwagen akut durch Bullen gefährdet waren.Dies wurde aber notwendigerweise korrigiert.

Es wäre richtiger gewesen die DemoteilnehmerInnen zu ermutigen, die Demo notfalls militant durchzusetzen.

Es war mindestens bei der zweiten BGS-Sperre eine gespaltene Stimmung in der Demo. Die einen, die die Demo wollten und auch bereit gewesen wären,sie militant durchzusetzen und die anderen, die Ängste hatten, oder es politisch falsch fanden ("Rechtsextremismus=Linksextremismus, Bürger werden abgeschreckt")

Die Demo wurde dann durch Verhandlungen und Zugeständnisse der Bullen doch noch ermöglicht.

Unserer Einschätzung nach hätte sie auch militant durchgesetzt werden können. Und dies hätte sicher nicht nur BürgerInnen abgeschreckt sondern auch viele ermutigt. Es hätte auch den Nazis gezeigt, daß die autonome Linke bereit ist gegen sie vorzugehen und auch Risiken in Kauf nimmt, und nicht nur Protestmärsche inszeniert, die als demokratische Auseinandersetzungsform kaum eine Bedeutung haben.

Zu der gesetzten Zielsetzung der Demonstation. aktiv gegen Neonazis und Bürger , die rassistische Äußerungen machen vorzugehen:

Diese(Nazis) standen meist hinter den Bullenketteen (Bsp. hinter der ersten BGS-Absperrung riefen sie :"Schlagt die Roten tot!")

Ein Mann der Pyros auf die antifaschistische Demonstration schoß und ein Messer in der Hand hielt wurde mit Steinen beworfen(2. Stck.,also kein Problem,das richtige Fenster zu treffen).Auch hier wurden die Leute aktiv an einer Gegenwehr gehindert ,als auch versucht ihnen die Steine zu entreißen.Ähnliche Beispiele gab es noch viele.

Der autonome Anspruch , gezielte militante Aktionen durchzuführen wurde in Hoyerswerda bewußt von Teilen der Demonstration unterbunden. Der Demo wurde eine defensive Stimmung aufgedrückt.

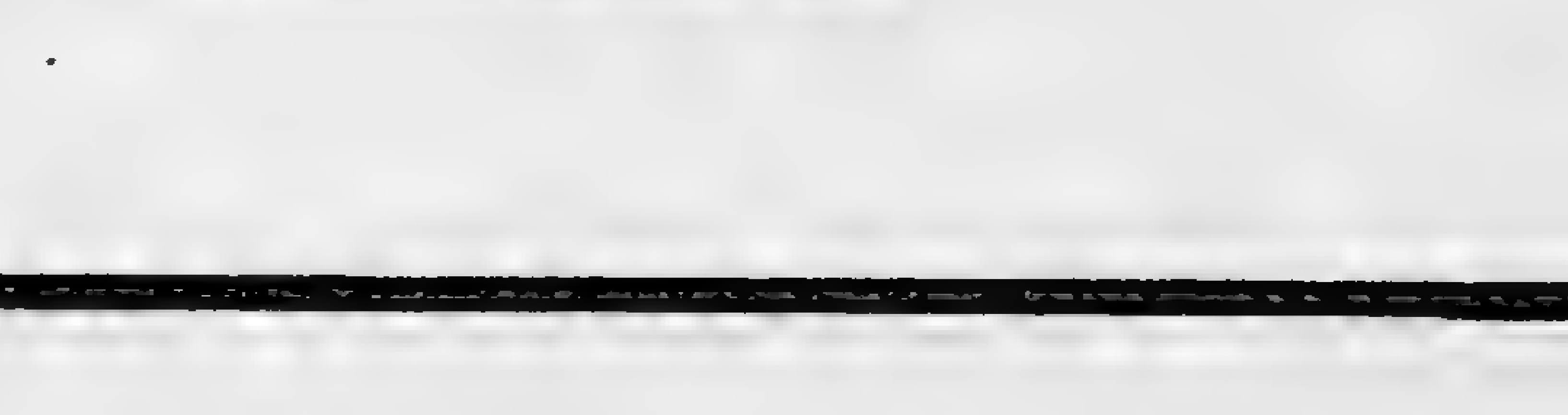
In einer Zeit ,wo aber AusländerInnen und kritisch Denkende tägl. gejagt ,angegriffen und getötet werden,wo von den faschistischen Schlägertrupps ~~mit~~ staatlicher Duldung gezielt auf AusländerInnen u. Linke geschossen wird (Zeesen, Hoyerswerda, Dresden), es täglich Brandanschläge,auch auf Kinder,sowie Bombenanschläge (kaum beachtet in Neukölln auf ein von Jugendgangs genutztes Jugendzentrum) stattfinden..., gilt es aber für uns,in die Offensive zu gehen und unseren Selbstschutz zu forcieren.

Wenn selbst Vorfälle in den Dimensionen Hoyaswerdas nur noch zum Anlaß genommen werden,ein "buntes,schwungvolles,vielfältiges " Spektakel auf die Straße zu tragen.

Wenn die sich dabei zwangsläufig zwischen den Gruppierungen ergebenden Komplikationen ihrer Eigendynamik überlassen werden...

Dann drängen uns diese Vorgänge die Frage auf,welcher Anspruch wohl noch hinter einer revolutionären Demonstration stehen mag,außer "nach den Sternen zu greifen"...
(Zitat aus dem Lautsprecherwagen)

Antifaşist Eylem
Antifaschistische Aktion



ÁN ALLE LEUTE/GRUPPEN, DIE RÄUME SUCHEN

Bieten die Mitnutzung von großen Ladenräume in ehemals besetzem Haus in Berlin-Mitte.
Wir wollen an 3 Tagen in der Wochen ein Café aufmachen mit Infos, Frühstück, Vokü, Veranstaltungen...
Für die restliche Zeit suchen wir (auch aus finaziel-len Gründen) Mitnutzer/trägerInnen...

INTERESSIERTE BITTE SCHNELL MELDEN
IN DER NEUE SCHÖNHAUSER STR. 9

RK/RTM, die VV, Hoyerswerda-Demo

Ich weiß gar nicht, wie und wo ich anfangen soll. Ich kann gar nicht mehr soviel essen, wie ich kotzen möchte.
Ich bin auf der VV kurz vor 22.oo Uhr gegangen, vielleicht also nicht auf dem letzten Stand. Trotzdem möchte ich einiges zu diesem Thema sagen.
Eigentlich hatte ich vor, in diesem Text die Politik der RK zu analysieren und darzustellen, wie ich sie aus ihren Flugis, ihrer Zeitung ihrer Praxis und ihren Redebeiträgen auf diversen VVen verstanden habe. Davon ausgehend wollte ich mich an die RK wenden und sie bitten, dazu Stellung zu nehmen.
Wenn nicht schon beim durchlesen ihrer Texte, so doch spätestens beim rekapitulieren der vielen Situationen der letzten zwei Jahre, wo es zwischen den RK bzw. anderen RTM-Gliederungen und weißen, deutschen Autonomen bzw. unseren ausländischen GenossInnen verbal und physisch gekracht hat, zerplatzt die Vorstellung, von diesen Menschen eine KONSTRUKTIVE Antwort zu bekommen, wie eine Seifenblase.
Abgesehen davon sind politische Meinungsäußerungen wie:
- In Hoyerswerda gibt es 99% Faschos (Nachbereitungs-VV)
- Der Fascho-Aufmarsch und -angriff wurden auf der höchsten Ebene von der Regierung selbst geplant und dirigiert (RK-Prozeßflugi zu Ayhan Öztürk)
- unsere Feinde sind "die Powers" (generelle RK-Sprachregelung)
- deutsche Autonome seien rassistisch, weil sie "auch deutsches Blut" in sich hätten (Nachbereitungs-VV)

usw., usw., ad infinitum ...
nun einfach nicht mehr im Rahmen dessen, waß ich irgendwie als revolutionäre Theorie begreifen kann - das ist einfach jenseits von Gut und Böse, tut mir leid.
Darüberhinaus bin ich aber der Ansicht, daß das eigentliche Problem nicht bei den "Inhaltlichen" Fragen liegt. Dort entstehen zwar die Differenzen in der Praxis, wie kürzlich in Hoyerswerda, wo die RK den taktischen Rückzug für eine Verhandlungspause als Feigheit und Verrat bezeichneten, weil sie offensichtlich glauben, die Revolution sei gewonnen, wenn alle Bullen plattgemacht, und Naziterror sei verhindert, wenn alle HoyerswerderInnen keine Autos mehr haben, aber das an und für sich wäre kein Grund für Spaltung. Der Grund für die Spaltung, von der ich vorschlage, daß wir sie gemeinsam als politische Entscheidung durchziehen, bevor sie sich uns in einer eskalierenden physischen Auseinandersetzung aufzwingt, liegt nicht in den politischen Differenzen, sonder in den Formen des politischen Umgangs.
Als Beispiele fallen mir ein:
- unterlaufen des Konsens, keine Stalinbilder zu zeigen, auf der Kiezdemo 12/89 ab Schl.Tor-endete mit Rangelei
- ständiges blockieren der Lautidurchsagen durch Megas auf der 2. Häuserkampfdemo in Ostberlin zum Roten Rathaus
- 1.Mai 9o - mitbringen eines abgelehnten Lautiwagens zur Demo, Bedrohungen von protestierenden GenossInnen mit Knüppeln, gefährden des Kinderblockes
- rechtfertigen dieser Aktion im Nachhinein mit einer frei erfundenen Absprache mit der Demovorbereitung statt Selbstkritik
- funktionalisierung von SchülerInnendemos während des Golfkrieges durch RTM/RK-"Erwachsene" mit (als einzige) Mega und Transpi
- 8.3.91 RK-Typen kommen auf die Frauen- und Lesbendemo und werden sogar noch aggressiv, als sie rausgeschmissen werden; das gefährdet die von Bullen schon massiv bedrohte Demo
- an den 1.5. und die Diskussionen mit der RTM/RK vor- und hinterher erinnern sich sicher noch alle

Und das sind nur die Situationen, die sich mir eingeprägt haben. Wann immer die RK zu Kritik Stellung bezogen haben, haben sie knallhart und ohne irgendwelche Einschränkungen, Selbstkritik oder Kompromißbereitschaft ihre Position absolut gesetzt. Ich habe nie erlebt, daß sie einer abweichenden Linie (so ihre Terminologie) je auch nur Existenzberechtigung eingeräumt haben; was im Widerspruch zu ihnen steht, war auf der letzten VV wahlweise "Feigheit", "Verrat" oder "Rassistisch".
Ebenso autoritär ist ihr Auftreten auf VVen. Sie tauchen eigentlich nur dann auf, wenn sie etwas bestimmtes wollen - und dann kommen sie massiv, mindestens zu zehnt, und setzen sich als No.1 auf die Tagesordnung und lassen keine andere Diskussion zu. Oder sie tragen ihr Anliegen vor und verschwinden (z.B. Prozeßmobilisierung) wieder. Für eine normale, gemeinsame Diskussion sind sie nicht erreichbar.
Was ihr auftritt auf der letzten VV sollte, ist mir allerdings völlig schleierhaft. Ein Sprecher von ihnen verlangt (!) im Befehlston eine Erklärung, warum der Lauti in HY eine Durchsage "gegen Militanz" gemacht habe. Erklärungen, die in etwa dahin gehen, daß es eine solche Durchsage in diesem Sinn, so generalisiert, nicht gegeben hat, interessieren die RK nicht. Als dann die Demovorbereitung (die der RK-Typ ständig "Demoleitung" nennt) Selbstkritik an ihrer Durchsage, das Steineausbuddeln zu einem bestimmten Zeitpunkt zu unterlassen, weil

sie interne Konflikte in der Demo verhindern wollte, übt, kommt es noch dicker. Der RK-Typ erklärt, er glaube nicht an eine Fehleinschätzung der Situation durch die Vorbereitungsgruppe, und verlangt von ihnen, ihr politisches Kalkül bei dieser Durchsage zuzugeben! Dabei fallen Begriffe wie "Aufhetzung" (von DemonstrantInnen durch den Lauti gegen die RK) und wieder "Verrat" bis zu der Beschuldigung mit Faschos und Bullen zu kollaborieren. Wer solchen Unsinn behauptet stellt sich selbst außerhalb jeder konstruktiven und sinnvollen Auseinandersetzung. Da solche Fragen/Beschuldigungen nicht beantwortbar sind ("Ja, ich bin vom VS eingeschleust, um Zwist zu säen" ist die einzige sinnvolle -haha- Antwort), frage ich mich, warum sie gestellt werden. Wenn die RK davon überzeugt sind, daß alle Autonomen konterrevolutionär sind, sollen sie doch nicht mehr auf unsere VVen, Demos und Aktionen kommen!
Da dieser Z stand aber wohl nicht eintreten wird, bin ich dafür, daß wir die Initiative ergreifen und die RIM/RK aus allen Zusammenhängen schmeißen. Kein Zutritt mehr auf VVen und "innerautonomen" Veranstaltunge, keine Demobeteiligung als Gruppe auf von uns organisierten Demos, keine Bündnisse mehr.
Um festzustellen, wie wir mit den RK/RIM verfahren -das hier ist ja nur eine Einzelmeinung- sollten wir die VV zur Demo in HY wiederholen denn über die Demo haben wir ja kaum geredet. Diese Veranstaltung muß ohne die RK stattfinden. Wenn wir zu einer gemeinsamen Position zu den Vorfällen auf der Demo kommen, könnten wir auf dieser Basis vielleicht zu einer ebenfalls gemeinsamen Position zu den RK kommen, die diesen dann in entsprechender Form -schriftlich und in der Interim- mitgeteilt wird. Vielleicht muß auch noch in anderer Form (in den Kleingruppen, in einer z.B. sich nach der VV konstituierenden AG diskutiert werden, daß wird sich zeigen. Ein Öffentliches Treffen brauchen wir auf alle Fälle, und zwar bald. Ich bin nicht gewillt, mit Leuten zu demonstrieren, die mir im Falle von Meinungsverschiedenheiten Prügel androhen! Ich bitte die Demovorbereitung von HY, einen neuen VV-Termin anzusetzen. Bis dahin sollten wir alle uns ein paar Gedanken zum Komplex RIM/RK gemacht haben.

ZWISCHEN UNS UND DEM FEIND EINEN KLAREN TRENNUNGSSTRICH ZIEHEN !!!
-Mao Tse Tung-

ein Autonomer, Berlin, 1.1o.1991

Die Betonköpfe antworten zur Hetzkampagne in der Interim !

Zum Vorfall in Hoyerswerda !
Wir kamen zur Demo um den Opfern zu zeigen,das sie nicht alleine stehen und vor allem den Tätern zu zeigen,das wir keine Toleranz gegenüber Mördern,Volksverhetzern und Nazis zeigen.Kein Fußbreit den Faschisten.Wir nehmen es wörtlich. Die Sprache der Nazis und Bullen ist Gewalt.Bullen können nicht denken oder entscheiden.Sie sperren auf Befehl Strassen ab und prügeln auf wehrlose Menschen.Die Betonköpfe lassen sich nach jahrelangen Erniedrigungen und Provokationen nicht mehr alles bieten.Wenn Bullen ungerechterweise uns den Weg versperren,bahnen wir uns mit unseren Mitteln einen Weg.Doch es gibt Leute,die unsere Entscheidungen und Aktionen nicht tolerieren,bzw. zulassen.Das heißt,sie hindern uns dran uns zu wehren.Die Gewaltlosen nehmen uns gewalttätig das Recht auf Selbstverteidigung.Ausländer werden geschlagen und getötet. Tagtäglich.Wenn wir die Schuldigen bestrafen wollen,werden wir von Gewaltlosen daran gehindert.Sie sind nicht die Richter,die uns zu sagen haben ,was wir tun sollen.Es war auch nicht ihre Demo.Seltsamerweise wissen unbeteiligte immer alles besser. Schleim-Ausländer mit deutscher Kartoffelangehörigkeit reden von Friede und Reden...Es ist KRIEG !
Deutsche Alk-Autonome,Deutsche medienverdummte Bürgers und Grüne reden von falscher Politik. Reden mit Nazis ?
Wir nicht !Wenn die Nazis und Politiker sehen,das mehrere Faschos von Ausländergruppen getötet werden,dann werden sie verstehen,das etwas getan werden muß. Wenn die Polizei nix tut,wie immer,tun wir etwas. Und wenn Gewaltlose uns dran hindern,bzw. mit Nazis und Bullen zusammenarbeiten,werden sie ebenso bestraft. Und wer Gewalt will, soll sie haben. Jeder der unsere Verteidigungsaktionen behindert,muß die Konsequenzen tragen.
FUCK YOU !!!!!!

MILITANTE ANTIFASCHISTISCHE JUGEND

Kübels Come-back!

Viele Jahre sind vergangen seit der letzten Kübelaktion in Kreuzberg 36, als Scheiße ins Nobelrestaurant Maxwell gekippt wurde. Die Ursachen für diesen Angriff sind die gleichen geblieben, sie haben sich sogar verschärft. Während wir, viele BewohnerInnen dieses Kiezes mit saftigen Mieterhöhungen, höheren Strom-, Wasser- und telefongebühren, schwindelerregenden BVG-Preisen, erhöhten Krankenkassenbeiträgen, Arbeitslosenversicherungsbeiträgen, Lohnsteuern, Benzin- und Heizungskosten etc. konfrontiert sind, kommen viele Menschen aus dem Wohlstand nach Kreuzberg, um in einem "Ambiente sauvage" ein feines Häppchen zu sich zu nehmen. In einem Schuppen wie dem Auerbach geben die Wohlbetuchten für ein Menu soviel aus wie wir für das Essen eines ganzen Monats. Es passt uns nicht, daß unsere zunehmende Armut als Exotik verkauft wird. Deswegen haben wir am Abend des 5. Oktobers ein Kreuzberger gericht, das wir "Pigeon à la Olympique" nennen, serviert. Leider haben wir beim servieren ein bißchen gekleckert und einige Gäste fanden unseren Beitrag zur Haute Cuisine auf ihren Edelklamotten wieder. Zu guter letzt wollten wir nicht, daß unsere "Gäste" beim genuß unseres gericht gestört werden und haben deshalb beim Verlassen der Lokalität ein zusätzliches Schloß an der Tür angebracht. Bon Appetit!

Rezept: "Pigeon à la Olympique"

3 Tauben (mit Maden gefüllt)
2 Kilo Pferdemist
1 Kilo Fleischmaden)
2 Kilo Hundefutter (Kuddeln)
2 Kilo Blättermagen
2 Liter Wasser

Zubereitung:

Alle Zutaten in einem luftdichten gefäß einen Monat durchziehen lassen. Kurz vorm servieren 2 Liter Wasser dazutun (nur im Freien)

Servier-Tip:

Um den sinnlichen Genuß für ihre Gäste zu steigern ziehen sie sich beim servieren ganz schwarz an. Dazu gehört selbstverständlich eine schwarze Sturmhaube. Ein Knüppel und etwas CS-Gas erhöhen die Aufnahmebereitschaft. Nehmen sie anschließend 3 Meter Anlauf und verteilen sie das Gericht auf Tische und Gäste. Ihre Gäste werden beeindruckt sein!

Fäkalien-Anschlag auf Kreuzberger Restaurant

Mehrere Kilo Fäkalien, faules Fleisch und Pferdemist haben am Sonnabend etwa ein Dutzend Kreuzberger Autonome in das Restaurant „Auerbach" an der Köpenicker Straße in Kreuzberg geschüttet. Dabei wurden drei Tische und mehrere Gäste beschmutzt. Die aus zwei Flügeln bestehende Eingangstür wurde mit einem Fahrradschloß versperrt, so daß die Gäste den Tätern nicht nacheilen konnten. Zwei Frauen wurde durch den Geruch übel, teilte ein Polizeisprecher mit.

In einem nicht unterzeichneten Selbstbezichtigungsschreiben, das in der Tagesspiegel-Redaktion einging, heißt es zur Begründung, daß viele Wohlhabende nach Kreuzberg kämen, „um in einem „Ambiente sauvage" ein feines Häppchen zu sich zu nehmen". Diese gäben für ein Menü soviel aus, wie die Verfasser für das Essen eines gesamten Monats. weso

SOLIDARITÄTSARBEIT FÜR MIGRANTINNEN - WESSEN INTERESSE?

Hallo Interims,

die mahnenden Worte, die Ihr gelegentlich Euren LeserInnen im Vorwort mit auf den Weg gebt, sind in der letzten Zeit häufig ebenso kategorisch wie fragwürdig geworden. Interim, Nr.163, 3. Oktober: "Aber auch wir "Weißen" UnterstützerInnen müssen aufpassen, daß wir die Flüchtlinge aus Hoyerswerda nicht instrumentalisieren. Antirassistische Politik kann nicht von"Weißen" bestimmt werden, und unsere Unterstützungsarbeit muß sich exakt an den Interessen, Forderungen und Kämpfen der MigrantInnen orientieren."
Ich kann dieser Forderung nicht zustimmen. Ich halte sie sogar für falsch und eine Selbsttäuschung. Woran soll sich denn Unterstützungarbeit sonst orientieren, als an den EIGENEN Interessen? Also an dem, was wir selbst für politisch falsch oder richtig halten? Und nur insofern die Forderungen der MigrantInnen in unser eigenes politisches Konzept passen, machen wir uns sie auch zu eigen und setzen uns dafür ein. Für die sogenannten ÜbersiedlerInnen, den Menschen aus Polen, die ihre "deutschstämmigkeit" nachweisen konnten, hat es hier kaum eine bis gar keine Unterstützung aus der Linken gegen. Und das mit Grund, wir werden ja eine Deutschtümelei, die sich tendenziell in Rassismus wandelt, nicht auch noch unterstützen.
Von solchen, relativ unstrittigen Fällen mal abgesehen - wer sagt uns denn, was die "Interessen, Forderungen und Kämpfe der MigrantInnen" sind? Die sind ja doch nun auch sehr unterschiedlich und häufig sogar auch gegeneinander gerichtet. Sich ausschließlich darauf zu berufen, wäre der blanke Opportunismus, weil das nur den eigenen Standpunkt dazu vernebelt.

Ich dachte, das wäre nach der jarelang geführten Internationalismus-Debatte auch inzwischen klar unter uns, daß sich Solidarität immer an den eigenen politischen Absichten orientiert. Und nur so weit, wie es eine Parallelität der politischen Absichten zwischen UnterstützerInnen und Unterstützten gibt, kann Solidarität produktiv werden. In den vielen großen und Kleinen Konflikten zwischen UnterstützerInnen und Unterstützten werden die Unterschiedlichkeiten sichtbar, Und das ist gut so, da müssen wir sie zur Kenntnis nehmen und sie entweder ausräumen oder akzeptieren, daß es eine Grenze in den Gemeinsamkeiten gibt. Diesem Konflikt ausweichen zu wollen, in dem mensch in vorauseilendem Gehorsam sich sogleich auf die Finger haut, sobald eigene Interessen in der Solidaritätsarbeit sichtbar werden, halte ich für wenig hilfreich.

Die Parallele zur Patriarchatsdebatte ist offensichtlich. Antirassistische Politik von "Weißen" wird immer von ihnen auch bestimmt sein, genauso wie Anti-Patriarchatskämpfe der Männer letztlich immer Männerkämpfe bleiben. Nichts ist schrecklicher und verwirrender - die Erfahrung machen wir Frauen doch immer wieder - als wenn Männer behaupten, aus dem Interesse DER Frauen herauszuhandeln, sich dabei aber zu ihrer Legitimation auf die Forderungen eines bestimmten Frauenzusammenhangs beziehen, weil die gerade am besten in ihre eigenen Zielsetzungen passen.
Nein, das ist letztlich nichts anderes als Opportunimus und hilft der äußerst schwierigen Bündnispolitik zwischen "Schwarzen" und "Weißen", zwischen Frauen und Männern (zwischen "Klasse" und "bürgerlich Sozialisierten", um das dritte Bein auch noch zu nennen!) überhaupt nicht weiter. Entweder sind wir davon überzeugt, daß es trotz der unterschiedlichen Ausgangslage sowas wie ein gemeinsames Grund-Interesse gibt, dann können wir auch darauf vertrauen, daß die Konflikte uns nicht endgültig wieder in die entgegengesetzten Lager zurückwerfen. Oder wir haben dieses Vertrauen eben nicht, dann bleibt der solidarische Einsatz letzten Endes nicht anderes als eine Politik des Guten Willens und des Schlechten Gewissens.

eine Genossin

Betrifft: Vonwegen " Solidarität, aber nicht kritiklos"

Wir haben uns über eure Bemerkungen im Vorwort der interim 163 zum Hungerstreik der 3 gefangenen Männer aus der RAF in Celle ziemlich geärgert:

-Zentrale Forderung des Hungerstreiks 1989, wie auch des Hungerstreiks der Celler Gefangenen ist die Forderung nach Zusammenlegung.
Aus der Erklärung: " Wir fordern

formen der zusammenlegung, wie sie nach 10,15,20 jahren isolation im gefängnis und isolation von der gesellschaft draußen notwendig sind, um den poltischen und sozialen stoffwechsel mit der gesellschaft wiederzubeleben..."

Mit der Zusammenlegung wäre überhaupt erst die Voraussetzung geschaffen, daß sich die Gefangenen an der Diskussion mit "allen" gesellschaftlichen Gruppen beteiligen können.

Diese Forderung sollten wir aufs s c h ä r f s t e unterstützen!

-Mit eurer Behauptung, daß die Forderung nach freier Kommunikation als guter Vorsatz steckengeblieben sei, ignoriert ihr völlig die Isolationshaftbedingungen und Zensurmaßnahmen. Genau dazu sagen die drei Celler Gefangenen in ihrer Erklärung ja auch einiges.

Bei der Zellenrazzia diesen Sommer in Celle ist den Gefangenen ihr Material, wo sie angefangen haben, ihre Geschichte zu reflektieren, geklaut worden.
Und so sieht es doch auch aus: Auf der einen Seite die Staatsschutzpropaganda mit Hilfe der meißten der in der DDR verhafteten "Aussteiger"- und auf der anderen Seite der Versuch die politische Identität der Gefangenen zu zerstören und sie zum schweigen zu bringen.

-Im weiteren würden wir gerne mal wissen, was ihr mit einer "Fülle von Papieren" meint, die autonome oder antiimperialistische Gruppen nach dem HS 89 angeblich verfaßt hätten.
Uns ist eine solche "Fülle" leider nicht bekannt und überhaupt, welche Papiere kommen dann letztendlich auch wirklich im Knast an?!

Stattdessen sehen wir in Berlin die Situation noch immer so, daß die praktische Solidarität mit den politischen Gefangenen die Sache nur ganz weniger ist, da sie nicht aus dem Verhältnis der jeweiligen eigenen Kämpfe abgeleitet wird.
Das ist auch eine Seite dessen, was verändert werden muß, damit es wirkliche Diskussionen zwischen einer revolutionären Linken und den Gefangenen aus RAF und Widerstand geben kann.

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE- SCHÄRFEN WIR SIE !!!

einige GenossInnen

Die Kettenhunde des Kapitals

Lose Blätter gegen Banker, Spekulanten, Mietausbeuter ...
2. Folge 10-91

Eigentlich wollten wir diese 2. Folge schon vor längerer Zeit fertig haben, aber unser aller Sommerloch hat sich doch ausgedehnter gezeigt als wir dachten. Dazu kam dann noch das stetige Solisaufen im EX.
Die letzten Wochen haben uns dann vollends aus dem Tritt gebracht. Die Wut, der Haß und unsere mehr oder weniger Hilfslosigkeit gegenüber dem erstarkten Rassismus/Faschismus haben heftige Diskussionen bei uns ausgelöst. Ist es angebracht eine Recherche zur Diskussion zu stellen, sie sich nicht direkt mit der aktuellen Gefahr des Rassismus auseinandersetzt? Sollten sich jetzt nicht alle Linksradikalen mit ganzer Kraft gegen den Faschismus stellen und die Flüchtlinge schützen?
Wir haben diese Fragen nicht beantworten können und uns erstmal trotz gewisser Bauchschmerzen dazu entschlossen an unserer Planung festzuhalten. Nichtzuletzt auch deswegen, weil sich uns als recherche Team keine Alternative aufgetan hat, die im direkten Zusammenhang mit Rassismus/Faschismus steht als unser jetziges Bankprojekt. Vielleicht schaffen wir es bis zur nächsten Folge, HinterMänner rassistischer Wohnungsvermietung öffentlich zu machen. Wir denken da z.B. an Gerhard Frey von der DVU, dem hier in Berlin etliche Häuser gehören.

Die Grundkreditbank (GKB)

"Banken sind praktisch der Turbomotor der kapitalistischen Wohnungs- und Bauspekulation. Sie verdienen an der Ausplünderung der MieterInnen oft mehr als die Spekulanten selber, letztendlich sind sie der größte Spekulant, ohne sie läuft nichts. (...) Die Spekulanten (...) verfügen oft gar nicht über das nötige Kapital für ihre ganzen Schweinereien. Sie pumpen sich das Geld zu bis zu 85% von den Banken." (Ana Prop, Interim 78) Dazu kommt noch, daß sich ein großteil der Miete, gerade im freifinanzierten Wohnungsbau, aus Zinsen und Tilgungen zusammensetzt. Aber nicht nur als Geldgeber haben die Banken ihren Platz im Geschäft mit der Wohnungsnot, sie stecken selber mit eigenen Immobilienfirmen tief drin.
Die GKB ist eine davon. Sie fungiert als eingetragene Genossenschaft. Hatten Genossenschaften in den Zeiten der aufflammenden ArbeiterInnenbewegung noch den Zweck der Selbsthilfe und der Solidarität, so ist heute davon nichts mehr zu spüren (von den wenigen Szene-Genossenschaften mal abgesehen). Genosse wird mann da durch Geld, der mit dem meisten Geld wird dann Obergenosse.

Schauen wir uns doch mal einige der versammelten Genossen der GKB im Aufsichtsrat (AR) an.
<u>Hans-Jüren</u> <u>Lindhorst</u>, er ist Geschäftsführer (GF) der BeWoGe und Vorstand der Tempelhofer Feld AG. Die BeWoGe ist eine der großen senatseigenen Wohnungsbaufirmen. Sie verwaltet jetzt auch noch die alten KWV Wohnungen in Pankow.
<u>Horst</u> <u>Kluwe</u>, er ist Hauptkommanditist der L.Kluwe KG. Die Kluwe KG ist







eine der größten Baustoffhändler und steckt tief im Baumafiasumpf drin.
<u>Harald</u> <u>Thies</u> (Bergengruenstr. 66a, 1-38), er ist Inhaber der Harald Thies Hoch- und Tiefbau. Hängt in vielen größeren Bauvorhaben und hat den Frauenknast in Plötzensee mitgebaut. Er ist auch in der Fachgemeinschaft Bau organisiert.
<u>Dr.</u> <u>Karlheinz</u> <u>Knauthe</u>, er ist Vorsitzender des AR, gleichzeitig RA und Notar. Knauthe ist eine besonders schillernde Figur und dies nicht nur wegen seiner Position. An Knauthe machen sich so einige Connection fest, die einigen viel und den vielen weniger Geld beschert haben.
So führte Knauthe, Anfang der 80er Jahre den angeschlagenen Vogel-Braun-Komplex (Bellevue), nach den Haftbefehlen wegen Steuerhinterziehung gegen die beiden GF Freitag und Braun weiter. Er machte daraus wieder einen Komplex der nicht nur HausbesetzerInnen, sondern vor allem MieterInnen das Leben schwer und den Geldbeutel leicht machten. Wie gut diese Connection waren zeigt sich auch daran, daß der Stammhalter für Braun, der zu der Zeit im Knast saß, Klaus K. Nelle, in 7 Tocherfirmen der GKB GF oder Prokurist war. Nelle hielt Teile von Braun's Bellevue-Besitz, aus dem dann in kürzester Zeit, nachdem Braun wieder aus dem Knast war, ein neuer Mietausbeuterkomplex aufgebaut wurde. Die Grundtreu-Areal-Beletage Gruppe. Diese Gruppe gehört jetzt zu den schärfsten Luxusmodernisieren Berlins. Auch Dieter Blum, 11 Jahre GF der GKB-Tocher Grund und Renten wechselte 88 als Geldbeschaffer zur Grundtreu-Gruppe.
An Knauthe macht sich aber noch mehr fest. So arbeit in seinem Rechtsanwalts- und Notarbüro am Q-Damm 44 ein gewisser Dr. Klaus Riebschläger, seines Zeichens bis Juni 90 Vorstand der Wohnungsbaukretitanstalt (WBK). Die GKB war sich ihrer Connction so sicher, daß sie sich nicht scheuten einen Förderungsantrag bei der WBK für ihre Hauptzentrale in

der Budapesterstr. 35 einzureichen, wo die Innenflächen größer waren als die Außenmaße des Gebäudes.

Der Beirat der GKB
Im Beirat der GKB sitzen u.a.,
Jürgen Graul, er ist Vorsitzender des Bundes der Haus- und Grundbesitzervereine Berlin.
Dietmar Otremba (Gelfertstr. 11, 1-33), er ist GF der Otremba Baubetreuungs GmbH und Sprecher des Verbandes freier Wohnungsunternehmen, des schärfsten Interessenverbandes der Wohnungsmafia.







Die Figuren des Vorstandes heißen,
Jürgen Bostelmann (Griegstr. 33, 1-33) Vorstandsvorsitzender
Josef Baiz
Axel Kreitz
Jürgen Bostelmann hat 87 Klaus Schaeffer abgelöst, der für den tief in den Bausumpf abgesumpften und 84 unter mysteriösen Umstämdem erschossenen Vorstandsvorsitzenden Jancke den Posten erhielt.
Seit der Übernahme der DDR und der explodierenden Mieten macht die GKB ein Plus nach dem anderen. So stieg das Geschäftsvolumen rasant von 570 Mio DM auf 3,4 Mrd DM. Im Jahre 90 erpresste die GKB einen Gewinn von 19 Mio Dm was eine Steigerung von 12% zum Vorjahr ausmacht. Die Vergabe von Baufinanzierungskrediten stieg um 31%. Einen Teil ihrer Gewinne macht sie jetzt in Brandenburg, in das sie sich verstärkt ausgeweitet haben.

Die Tochterfirmen der GKB
Es gibt ca. 20 uns bekannte Tochterfirmen der GKB, es können aber weit mehr sein. Wir wollen hier aber nur 4 herauspicken, die feist und dick im Immobiliengeschäft stecken.
Atlas-Immobilien GmbH, Moritzstr. 22, 1-20, Stammkapital (StK) 101.000 DM, GF Matthias Kiekebusch (Laehr`scher Jagdweg 36, 1-37).
Grund und Renten Gesellschaft für Anlagen Consult mbH, Budapesterstr. 35, 1-30, StK 1,5 Mio DM, GF Klaus Tettenborn.
GKB Immobilienverwaltungsgesellschaft, Budapesterstr. 35, 1-30, StK 100.000 DM, GF Klaus Tettenborn.







Plettner Immobilien GmbH, Q-Damm 57, GF Matthias Kiekebusch.
Zur Plettner Immobilien GmbH ist noch einiges zu sagen. Sie wurde 85 von der GKB aufgekauft und ist seitdem die wichtigste Immobilienfirma der GKB. Über den "Renomiernamen" Plettner Immobilien GmbH verkauft die GKB über öffentlichen Anzeigen Häuser. So sagte der damalige GF H.D. Brandenburg, "Vor diesem Hintergrund wird die enge Verwandschaft von Geld und Immobilie deutlich."
H.P. Plettner (Scharfe Lanke 51, 1-20) hat durch den Verkauf noch andere Vorteil als nur den schnöden Mammon gehabt. Er wurde direkt nach dem Verkauf zum ersten öffentlich vereidigten Häuserauktionator Berlin bestellt. Es ist der selbe Plettner der in der letzten Zeit die massenhaften (Zwangs)versteigerungen von Häusern aus Ostberlin geleitet hat. Aber, gerade weil es da immer wieder zu Verwechslungen kommt, der Häuserversteigerer H.P. Plettner hat seit 85 nichts mehr mit der seinen Namen tragenden Plettner Immobilien GmbH zu tun, die zu 100% der GKB gehört.
Für eine militante anarchistische Bewegung!
Bleiberecht und Freizügigkeit für alle Flüchtlinge durchsetzen!

ART



Einladung zum ersten überregionalen

♀♀♀⚢♀ Vorbereitungstreffen gegen den WWG '92 in München

am Samstag, den 16. November um 13.00 Uhr

in Nürnberg im KOMM

Liebe ♀♀♀⚢♀
aller noch "Herren" Länder!

1992 ist das Jahr mehrerer offizieller politischer Ereignisse, beginnend im Juni mit der UNO-Umweltkonferenz in Rio de Janeiro, gefolgt vom Weltwirtschaftsgipfel (WWG) in München vom 6. bis 8. Juli, am 12. Oktober dem Höhepunkt der Feierlichkeiten zu 500 Jahre Kolonisierung Amerikas und schließlich mit dem Jahresbeginn 1993 die offizielle Einführung des EG-Binnenmarktes.

Diese Ereignisse sind Ausdruck eines Systems der rassistischen Vernichtung, Ausbeutung und Durchsetzung eines weiß-westlich-männlichen Weltbildes.

Der Weltwirtschaftsgipfel, auch G7 genannt (Gruppe der 7, nämlich der sieben reichsten Industrienationen) findet seit 1975 jährlich als Treffen der jeweiligen Staatschefs sowie der Außen- und Wirtschaftsminister statt. Während es in der Extrarunde der Wirtschaftsminister darum geht, die internationalen wirtschaftlichen Regulierungsmechanismen abzustimmen, verhandeln die Regierungschefs die übergeordneten politischen Themen. Insgesamt ist zu sagen, daß der WWG eine Veranstaltung zur Machtdemonstration der Industrienationen ist.

Dagegen wollen wir uns als ♀♀♀⚢♀ eigenständig organisieren. Es geht uns nicht nur um punktuelle Mobilisierung gegen den WWG, sondern um die Diskussion und Entwicklung von Strukturen und Perspektiven für unsere politische Arbeit. Wir wollen keine Auseinandersetzung über die HERRschende Weltordnung führen, die auf ökonomische Analysen reduziert ist. Wichtig ist uns, die Verbindung unserer jeweiligen politischen Themen, an denen wir arbeiten, z.B. Gewalt gegen Mädchen und Frauen/Lesben, Bevölkerungspolitik, Abschiebungen, EG 92, Frauenknäste..., innerhalb der weltweiten ökonomischen, sexistischen und rassistischen Machtstrukturen herauszuarbeiten. Im Klartext, wie bestimmt die Weltwirtschaft die Bedingungen des Alltags von uns ♀♀♀⚢♀ auf verschiedenste Weise?

Der Kampf Schwarzer Frauen/Lesben und Männer gegen Rassismus wurde von ⚢♀ jahrelang ignoriert. Inzwischen hat auch unter von Rassismus nicht betroffenen Frauen/Lesben die Diskussion über Rassismus begonnen. Rassismus ist ein grundlegender Unterdrückungsmechanismus und kann deshalb nicht nur als einzelnes Thema diskutiert werden, sondern muß die Grundlage der gesamten politischen Auseinandersetzung und praktisch wirksam sein so wie es in Bezug auf Sexismus für von Rassismus nicht betroffene Feministinnen schon immer selbstverständlich ist. Unerläßlicher Bestandteil dieses Prozesses bei nicht von Rassismus betroffenen Frauen/Lesben ist die Auseinandersetzung über Privilegien, die eigenen Rassismen und deren systemtragende Funktion!

Auf diesem ersten Treffen wollen wir überlegen, wie eine überregionale Organisierung aussehen kann. Praktische Vorschläge, über die wir diskutieren wollen, sind: Frauenblock innerhalb der Großdemo, Aktionstage, regionale Mobilisierung, evtl. ♀♀♀⚢♀ -Seminar/Wochenende.

Wir würden uns freuen, wenn Ihr Euch schon vorher zusammensetzt, diskutiert, Ideen spinnt, und uns Eure Ergebnisse in leckeren Häppchen serviert.

Bis dann!!!

Service: Kinderbetreuung, Volxküche am Samstag abend, Schlafplätze (hauptsächlich von Samstag auf Sonntag)
Bitte schreibt uns, zuwievielt Ihr kommt.

Kontaktadresse: ♀♀♀⚢♀ - Koordinationsbüro
c/o Werkhaus
Leonrodstr. 19
8000 München 19
Tel: (089) 168116

Kommt alle am 16. November um 13 Uhr ins KOMM/Nürnberg (Königstraße gegenüber Hauptbahnhof)

Weitersagen!!!Weitersagen!!!Weitersagen!!!Weitersagen!!!
Vervielfältigen!!!Vervielfältigen!!!Vervielfältigen!!!
Aushängen!!!Aushängen!!!Aushängen!!!Aushängen!!!Aushängen!!!
Lesen!!!Lesen!!!Lesen!!!Lesen!!!Lesen!!!Lesen!!!Lesen!!!Lesen!!!
Kommen!!!Kommen!!!Kommen!!!Kommen!!!Kommen!!!Kommen!!!Kommen!!!



Die Frauen ergreifen die Initiative:

Frauenbewegung in Südkorea

Die Frauenbewegung in Koreabegann mit dem nationalen Befreiungskampf gegen das japanische Kolonialregime. Nach der Teilung Koreas, 1945 und dem Korea-Krieg wurde die Frauenbewegung Südkoreas von konservativ- elitären Frauenorganisationen beherrscht. Die Frauenbewegung stagnierte und machte mit, den Status-Quo in Südkorea zu erhalten. Denn "*die Loyalität und der Dienst der Frauen an der Nation*" hatten den Vorrang vor allem. Während der Industrialisierung der 70er Jahre gewann die Frauenbewegung neue Impulse von den Arbeiterinnen; sie begann, sich zu organisieren und fur ihre Rechte zu kämpfen.

Die gegenwärtige Frauenbewegung setzen sich ein, die Demokratie der Gesellschaft zu erlangen und die Bedürfnisse der Mehrheit - ArbeiterInnen, BäuerInnen und die städtischen Armen zu vertreten. In den letzten Jahren ist die Frauenbewegung eine der wichtigsten Kräfte der national-demokratischen Bewegung Südkoreas geworden. Und sie hat die progressive Tradition der koreanischen Frauenbewegung aus dem nationalen Befreiungskampf wiedergewonnen. Jetzt bekämpfen die Frauen in Südkorea die verschiedene Ausbeutungsformen der Militär-diktatur, der ausländischen Interventionen und der patriarchalischen Familienverhältnisse.

Wirtschaftliche Ausbeutung: Die Frauen kämpfen dagegen.

Seit der Teilung Koreas hat Südkorea für eine Wirtschaftsform entschieden, die vom Kapital & Technologie aus Ausland und dem "Export" total abhängig ist. Die exportorientierte Industrialisierung ist ohne Ausnahme die offizielle Wirtschaftspolitik Südkoreas gewesen und setzt die brutale und systematische Ausbeutung von ArbeiterInnen und BäuerInnen voraus.

Diese Ausbeutung trifft besonders die Arbeiterinnen, denn sie sind die Mehrheit der Arbeitskräfte in den wichtigsten Exportindustrien wie Textilien, Schuhe und Elektroindustrie.
Einer Studie von KWAU zufolge, beträgt im Industriesektor im Jahre 1987, der Monatslohn der Arbeiterin 243 $, also nur 50,9% des Lohnes von ihren männlichen Kollegen. 1989 bekamen 60% der gesamten Arbeiterinnen weniger Mindestlohn, nach einer Studie des Gewerkschaftsverbandes in Südkorea.
Um ihre Hungerlöhne zu verdienen, arbeiten Frauen 60 Stunden. Zwar unter den Arbeitsbedingungen, die ein Maximum des Profits durch ein Minimum der Kosten garantieren sollen.

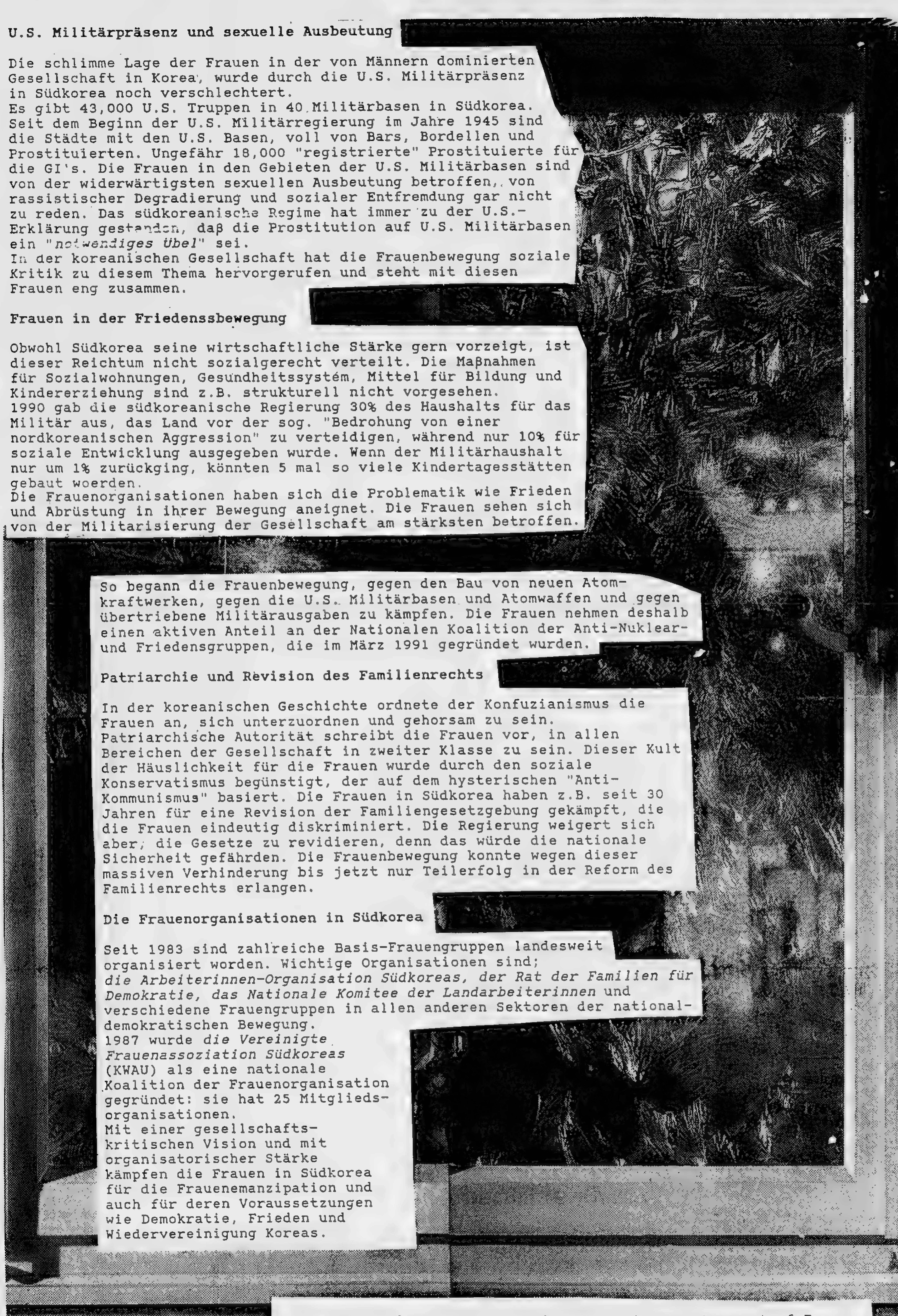


Die ArbeiterInnen ließen aber 1990 das "Gleichstellungsgesetz für Arbeit" einführen. Der Kampf der Arbeiterinnen ist seit den 70er Jahren ein integraler Bestandteil der Frauen- und Arbeiterbewegung. Besonders die von Arbeiterinnen geführten Gewerkschaften zeigen den mutigsten Kampf durch Hungerstreiken, Sit-ins und Demonstrationen.

Die Arbeiterinnen der *YH Trading Company* trug z.B. zum Zusammenbruch des Park-Regimes entscheidend bei. Diese Kampfbereitschaft der Arbeiterinnen wurde durch die Arbeitskämpfe im Jahre 1987 nochmal gestärkt, und aktuell geht auch weiter, gegen U.S. Multis wie Tandy und Pico Korea.

Die LandarbeiterInnen

Die Landarbeiterinnen haben auch keine besseren Bedingungen als die IndustriearbeiterInnen. Auf Grund der Landwirtschaftspolitik, z.B. festgesetzte Niedrigpreise für Getreide und erzwungene Öffnung des Landes für die landwirtschaftlichen Einfuhren, stehen viele im Landwirtschaft vor dem Bankrott; Männer und Söhne wandern in die Städte ab, die Feldarbeit bleibt allein für die Frauen.
Angesichts des Zusammenbruchs des landwirtshcaftlichen Sektors und dem Druck der Import-liberalisierung, haben sich die Landarbeiterinnen seit Mitte der 80er Jahre organisiert. Mit anderen Bauernorganisationen rufen die Landarbeiterinnen zu einer neuen Landwirtschaftspolitik auf und unterstützen die Seblstbestimmungsbewegung gegen die U.S. Regierung.



U.S. Militärpräsenz und sexuelle Ausbeutung

Die schlimme Lage der Frauen in der von Männern dominierten Gesellschaft in Korea, wurde durch die U.S. Militärpräsenz in Südkorea noch verschlechtert.
Es gibt 43,000 U.S. Truppen in 40 Militärbasen in Südkorea. Seit dem Beginn der U.S. Militärregierung im Jahre 1945 sind die Städte mit den U.S. Basen, voll von Bars, Bordellen und Prostituierten. Ungefähr 18,000 "registrierte" Prostituierte für die GI's. Die Frauen in den Gebieten der U.S. Militärbasen sind von der widerwärtigsten sexuellen Ausbeutung betroffen, von rassistischer Degradierung und sozialer Entfremdung gar nicht zu reden. Das südkoreanische Regime hat immer zu der U.S.-Erklärung gestanden, daβ die Prostitution auf U.S. Militärbasen ein "*notwendiges Übel*" sei.
In der koreanischen Gesellschaft hat die Frauenbewegung soziale Kritik zu diesem Thema hervorgerufen und steht mit diesen Frauen eng zusammen.

Frauen in der Friedenssbewegung

Obwohl Südkorea seine wirtschaftliche Stärke gern vorzeigt, ist dieser Reichtum nicht sozialgerecht verteilt. Die Maβnahmen für Sozialwohnungen, Gesundheitssystém, Mittel für Bildung und Kindererziehung sind z.B. strukturell nicht vorgesehen.
1990 gab die südkoreanische Regierung 30% des Haushalts für das Militär aus, das Land vor der sog. "Bedrohung von einer nordkoreanischen Aggression" zu verteidigen, während nur 10% für soziale Entwicklung ausgegeben wurde. Wenn der Militärhaushalt nur um 1% zurückging, könnten 5 mal so viele Kindertagesstätten gebaut woerden.
Die Frauenorganisationen haben sich die Problematik wie Frieden und Abrüstung in ihrer Bewegung aneignet. Die Frauen sehen sich von der Militarisierung der Gesellschaft am stärksten betroffen.

So begann die Frauenbewegung, gegen den Bau von neuen Atomkraftwerken, gegen die U.S. Militärbasen und Atomwaffen und gegen übertriebene Militärausgaben zu kämpfen. Die Frauen nehmen deshalb einen aktiven Anteil an der Nationalen Koalition der Anti-Nuklear- und Friedensgruppen, die im März 1991 gegründet wurden.

Patriarchie und Revision des Familienrechts

In der koreanischen Geschichte ordnete der Konfuzianismus die Frauen an, sich unterzuordnen und gehorsam zu sein. Patriarchische Autorität schreibt die Frauen vor, in allen Bereichen der Gesellschaft in zweiter Klasse zu sein. Dieser Kult der Häuslichkeit für die Frauen wurde durch den soziale Konservatismus begünstigt, der auf dem hysterischen "Anti-Kommunismus" basiert. Die Frauen in Südkorea haben z.B. seit 30 Jahren für eine Revision der Familiengesetzgebung gekämpft, die die Frauen eindeutig diskriminiert. Die Regierung weigert sich aber, die Gesetze zu revidieren, denn das würde die nationale Sicherheit gefährden. Die Frauenbewegung konnte wegen dieser massiven Verhinderung bis jetzt nur Teilerfolg in der Reform des Familienrechts erlangen.

Die Frauenorganisationen in Südkorea

Seit 1983 sind zahlreiche Basis-Frauengruppen landesweit organisiert worden. Wichtige Organisationen sind; *die Arbeiterinnen-Organisation Südkoreas, der Rat der Familien für Demokratie, das Nationale Komitee der Landarbeiterinnen* und verschiedene Frauengruppen in allen anderen Sektoren der national-demokratischen Bewegung.
1987 wurde *die Vereinigte Frauenassoziation Südkoreas* (KWAU) als eine nationale Koalition der Frauenorganisation gegründet: sie hat 25 Mitgliedsorganisationen.
Mit einer gesellschaftskritischen Vision und mit organisatorischer Stärke kämpfen die Frauen in Südkorea für die Frauenemanzipation und auch für deren Voraussetzungen wie Demokratie, Frieden und Wiedervereinigung Koreas.

Für mehr Information & Kontakt: Young Korean Movement of Europe, Friesengasse 13, 6000 Frankfurt 90, Germany

Polizei schießt scharf

.... ZU DIESEN SCHÜSSEN FÄLLT UNS NOCH VIEL MEHR EIN

Bei dem Bullen, der am Samstag (21.09.91) gezielt scharfe Schüsse abgefeuert hat, handelt es sich auf keinen Fall um einen Einzeltäter.
Tatsache ist, daß die Frankfurter Bullen zu 30% die Republikaner wählen.
Tatsache ist, daß sexistisches, rassistisches und nicht selten rechtsradikales Auftreten bei der Frankfurter Polizei Alltag geworden ist.
Tatsache ist aber auch, daß dieses Verhalten von den Frankfurter PolitikerInnen aller Parteien nicht nur geduldet sondern sogar gefördert wird, im Gegenteil fordern OB und Rot-Grün-Magistrat noch 400 weitere Bullen an, um die "innere Sicherheit" dieser Stadt zu gewährleisten.
Für diese Bullen gibt es dann sogar auf einmal 250 leere Wohnungen, während weit über 10.000 Menschen in Frankfurt auf eine Wohnung warten oder unter menschenunwürdigen Bedingungen, unter Brücken etc., leben müssen.

Am Samstag haben Leute die Initiative ergriffen und versucht das Haus in der Fröbelstraße zu besetzen.

Auf diese Menschen wurde scharf geschossen.

Obwohl wir wissen, daß der Griff zur Knarre und gezielte Schüsse (z.B. bei Straßen-Kontrollen, bei Fußballkrawallen oder bei Häuserräumungen wie in der Mainzer Straße/Berlin) längst keine Ausnahme mehr sind, sind wir fassungslos und wütend über diese menschenverachtende Brutalität.
Wir werden und können dies nicht als Normalität akzeptieren!
Wir werden uns diese Form der Auseinandersetzung (Schußwaffeneinsatz) nicht von den Bullen aufdiktieren lassen!

Dies ist "gesellschaftlicher Normalzustand", was heißt:
- die Verschärfung des neofaschistischen Terrors gegen AusländerInnen und Flüchtlingswohnheime,
- allgegenwärtige rassistische und sexistische Übergriffe,
- eine Aufrüstung des Bullenapparates und dessen Brutalität bis hin zum Schußwaffeneinsatz,
- eine zynische und menschenverachtende Wohnraumpolitik,

Dieser Zustand wird legitimiert durch das Nichtverhalten und die Bequemlichkeit vieler Menschen.

Doch auch dies kann ein Ende haben.

In Frankfurt stehen über 100 Häuser leer und warten nur darauf besetzt zu werden.

FfM, 22.9.91

PRESSEERKLÄRUNG

Am Samstag Abend um 21 Uhr wurde das leerstehende Haus Fröbelstr. 4 in Bockenheim besetzt. Die Polizei war von Anfang an bestrebt, diese Besetzung möglichst schnell -auch mit polizeilicher Gewalt- zu beenden. Zu diesem Zweck trafen kurz nach der Besetzung mehrere Einsatzfahrzeuge und ein bis zwei Wägen des Überfallkommandos ein, welche die Leute, die sich in der Fröbelstr. vor dem Haus versammelt hatten, vertrieben.
In Anbetracht der Erfahrungen der letzten Räumungen im Rhein-Main-Gebiet (z.B. vor wenigen Wochen in Wiesbaden), bei denen BesetzerInnen teilweise von der Polizei schwer mißhandelt wurden, wurde versucht, die Polizei in der Fröbelstr. auf Distanz zu halten, um den BesetzerInnen

das Verlassen des Hauses zu ermöglichen. Daraus entwickelte sich eine kurze Auseinandersetzung zwischen UnterstützerInnen der Besetzung mit der Polizei, in deren Verlauf die BesetzerInnen tatsächlich flüchten konnten.
Als sich die Situation schließlich beruhigt hatte und sich die letzten Leute in Richtung Leipziger Str. zurückzogen, sprang ein Polizist aus der Fröbelstr. hervor und gab von der Ecke Fröbelstr./ Friesengasse zwei gezielte Schüsse auf diese Leute ab, zog sich dann für wenige Sekunden zurück, um dann nochmals vorzutreten und drei weitere gezielte Schüsse auf die sich entfernenden Personen abzufeuern. Die Polizei hingegen spricht von lediglich zwei gezielten Schüssen.
Einwandfrei festzustellen ist:
1. Die Polizei befand sich in dieser Situation keinesfalls in einer Notwehrlage. Die Auseinandersetzungen waren beendet, es flogen keine Steine mehr, die ~~Leute~~ befanden sich auf dem Rückzug, waren mehr als 30 Meter von den Polizisten entfernt und wandten diesen größtenteils den Rücken zu.
2. Es gab weder eine Ankündigung von Schußwaffengebrauch noch wurden Warnschüsse abgegeben. Alle fünf Schüsse waren gezielt. Der Polizist war weder hektisch und nervös, er nahm sich sogar Zeit ruhig und gezielt auf die Leute anzulegen.
3. Es gab keinen verletzten Polizeibeamten, der irgendwie in Gefahr hätte sein können. Alle Beamten befanden sich sich in der Fröbelstr. (also um die Ecke!) und standen nicht einmal in Sichtkontakt zu den HausbesetzerInnen.
Es wurden bisher drei Einschußlöcher in Schaufensterscheiben und Hauswänden festgestellt. Zwei davon befanden sich in Knie- bzw. in Brusthöhe. Eine andere Kugel schlug in der Wand eines weiter entfernten Hauses ein, die Schußbahn jedoch beweist eindeutig, daß auf Kopfhöhe gezielt wurde.
Der Hergang wie er hier geschildert wird, ist von einer ganzen Reihe von AugenzeugInnen (AnwohnerInnen, PassantInnen, KneipenbesucherInnen) exakt so belegt.
In Anbetracht dieser Tatsachen sprechen betroffene Zeugen von eindeutigen MORDVERSUCHEN - und nicht nur die HausbesetzerInnen und deren UnterstützerInnen waren unmittelbar gefährdet. Es befanden sich zu dieser Zeit eine Vielzahl PassantInnen (darunter auch Kinder) auf der Straße. Eine Kugel schlug unweit eines vollbesetzten Restaurants ein, eine weitere knapp unterhalb des Fensterbrettes eines Anwohners, der gerade das Geschehen auf der Straße beobachtete.

Frankfurter Rundschau

Zeugen: Polizei-Schüsse fielen nicht in Notwehr

(36)

Schwere Vorwürfe erhoben / Staatsanwaltschaft prüft

Von unserem Redaktionsmitglied Hans-Jürgen Biedermann

Gegen den 46 Jahre alten Polizeihauptkommissar, der bei dem Einsatz gegen Hausbesetzer am Samstag abend in Bockenheim fünf Schüsse aus seiner Dienstpistole abgab, sind am Montag schwere Vorwürfe erhoben worden. Neutrale Zeugen erklärten bei einer Pressekonferenz, der Beamte habe keine Warnschüsse abgegeben, sondern mit der Pistole im Anschlag „gezielt" geschossen. Für die Zeugen war dabei „eine Notwehrsituation nicht erkennbar". Während die Polizei bei ihrer ursprünglichen Darstellung blieb, erklärte die Staatsanwaltschaft, im Rahmen der Ermittlungen „wegen Landfriedensbruchs" gegen namentlich nicht bekannte Demonstranten, werde auch geprüft, ob mit den Schüssen gegen Strafgesetze verstoßen wurde.

Hubert Harth, Sprecher der Strafverfolgungsbehörde: „Über einen Anfangsverdacht gegen den Beamten können wir erst entscheiden, wenn die Dinge seriös durchgeprüft sind." Der Oberstaatsanwalt kündigte an, es sei erklärter Wille auch des Polizeipräsidenten, das Landeskriminalamt in die Untersuchung einzuschalten. Damit solle Zweifeln an der Objektivität der Ermittlungen von Anfang an begegnet werden."

Am Montag mittag lud der Verein für Rechtsbeistand, die Bunte Hilfe, im Café Exzess in der Leipziger Straße zur Pressekonferenz, bei der sie zwei Frauen und zwei Männer präsentierten, die den Schußwaffengebrauch aus einer Entfernung von zehn Metern — vom Fenster der Taverne Mythos, Friesengasse/Fröbelstraße — bebachtet haben. Die Zeugen wollen sich der Staatsanwaltschaft zur Verfügung stellen. Hubert Harth bekundete am Montag das Interesse seiner Behörde an diesen Aussagen.

Der Lokalbesucher Rudolf Oppermann rekapitulierte den Ablauf und gab eine Schilderung, die auch den Eindruck der übrigen Beobachter — von Ute Rasim, Barbara Schuhmann und dem amerikanischen Touristen Chris Cafiero — wiedergab.

Danach geriet die aus rund 20 Beamten bestehende Polizeikette in der Fröbelstraße zunächst unter Steinbeschuß durch ein knappes halbes Dutzend Vermummter. „Die sind dann weggelaufen und die Situation hatte sich beruhigt", berichteten die Zeugen, sie hätten schon Anstalten gemacht, das Lokal zu verlassen. „Doch da trat ein Beamter ohne Helm aus dem Pulk heraus und zielte mit ausgestecktem Arm etwa zwei Sekunden lang" (Oppermann) in Richtung der gegenüberliegenden Seite der Friesengasse.

Dann sei der erste und nach einer kurzen Pause seien in schneller Folge vier weitere Schüsse gefallen. Die Zeugen versichern, der Beamte habe sich nicht in einer Notwehrsituation befunden. Sie widersprachen auch der Darstellung der Polizei, wonach drei Warnschüsse abgegeben wurden.

Die Aussagen des Polizeiberichtes, in dem von Schüssen auf die Beine die Rede ist, wurden auch von Bunte Hilfe, Hausbesetzern und Cafe Exzess „als Verdrehung der Realitäten" bezeichnet. Zwei Projektile hätten die Scheiben des Frisörsalons in der Friesengasse 27 durchschla-

gen. Ein drittes sei an der Fassade eines Wohnhauses, knapp unter der Fensterbrüstung und ein viertes nahe eines „vollbesetzten Restaurants eingeschlagen."

Rechtsanwalt Fred Wenzel sprach angesichts der „belebten Straße von einem schwerwiegenden Vorfall". Eine Presserklärung des Café Exzess gelangte zu dem Ergebnis, es müsse „von Glück gesprochen werden, daß niemand verletzt oder getötet wurde". Die Tavernen-Besucherin Ute Rasim konnte sich deshalb gar nicht vorstellen, daß „hier scharf geschossen wird. Ich dachte es handelt sich um Platzpatronen".

Die Polizei bezog sich auch am Montag noch auf ihren Sonntagsbericht, wonach sich der Polizist in einer „extremen Notwehrsituation" befunden habe und in dieser Lage zunächst drei Warnschüsse und „als die Intensität der Gewalt nicht nachließ" aus nächster Nähe „gezielte Schüsse auf die Beine der Täter" abgab. Der Polizeibericht gibt die Zahl der vermummten Angreifer mit 40 an.

Rechtsanwalt Wenzel warf der Polizei vor, sie habe sich weder in der Nacht noch im Verlauf des Sonntags um die Spurensicherung und um die Zeugenermittlungen gekümmert. „Betroffene haben das Geschäft der Polizei betrieben", kritisierte der Jurist und zeigte bei der Pressekonferenz eine Spraydose vor, in der ein Projektil steckte. Nach Aussage Wenzels stand die Dose in der Auslage des Friseurladens, etwa in Kopfhöhe.

Bild unten: Durchschuß eines Projektils aus der Polizeipistole in Brusthöhe im Schaufenster des Friseurladens in der Friesengasse.



Rhein-Main-Zeitung

37 Die ruhigste Automobilmesse seit Jahren ist zu Ende

Gezielte Schüsse eines Polizisten in „Notwehr"

Kommentar

Konflikte zwischen Polizei und Protestbewegung hat es in Frankfurt seit Beginn der siebziger Jahre immer wieder gegeben. Wenn Hausbesetzer, Schah-Gegner oder RAF-Sympathisanten, in den achtzigern dann die Startbahnopponenten auf die Straße gingen, flog bisweilen mehr als die Fetzen. Doch die Polizei hat auch bei schwierigen Einsätzen bewiesen, daß die Schußwaffe nicht locker sitzt. Seit Samstag abend, seit in Bockenheim fünf Schüsse aus einer Dienstwaffe abgefeuert wurden, gilt dieser Grundsatz nicht mehr uneingeschränkt.

Es darf festgestellt werden, daß die offizielle Version, der Hauptkommissar habe in Notwehr gehandelt und

Gefährliches Signal

erst nach drei Warnschüssen den Hahn durchgezogen, von unabhängigen Zeugen erheblich in Zweifel gezogen, wenn nicht sogar bereits widerlegt ist. Gleichwohl hält die Polizeiführung an dieser Darstellung fest. Die Frage ist erlaubt, ob sie an einer rückhaltlosen Aufklärung der Ereignisse überhaupt interessiert ist.

Zunächst einmal unterließ es der Lagedienst am Samstag abend, die Pressestelle aktuell zu informieren. Es drängt sich der Verdacht auf, daß vor Ort recherierende Medienvertreter unerwünscht waren. Wenn etwas vertuscht werden sollte, ist das freilich gründlich gescheitert, weil zunächst ausgesperrte Journalisten in der Regel nachher um so eifriger agieren.

Mit der Spurensicherung hat sich die Polizei auch keine Mühe gegeben. Wie sonst ist zu erklären, daß die Beamten des jetzt zuständigen Landeskriminalamtes erst am Montag nachmittag an der Stelle ihre Bänder spannten, wo Projektile zwei Schaufenster durchschlugen.

Es ist auch nicht verborgen geblieben, daß die Polizei am Ort der Hausbesetzung gerade 20 Beamte aufbieten konnte. Nach offizieller Version war die Gegenseite doppelt so stark. Das könnte die Erklärung dafür sein, daß der Einsatzleiter für sich Notwehr reklamierte und den prekären Einsatz mit einem Signal beenden wollte.

Es war wohl nur Zufall, daß es nicht schreckliche Folge hatte.

HANS-JÜRGEN BIEDERMANN

Steine auf Revier in Bockenheim

Gespräch gegen Eskalation

Von Claudia Michels und Jürgen Schenk

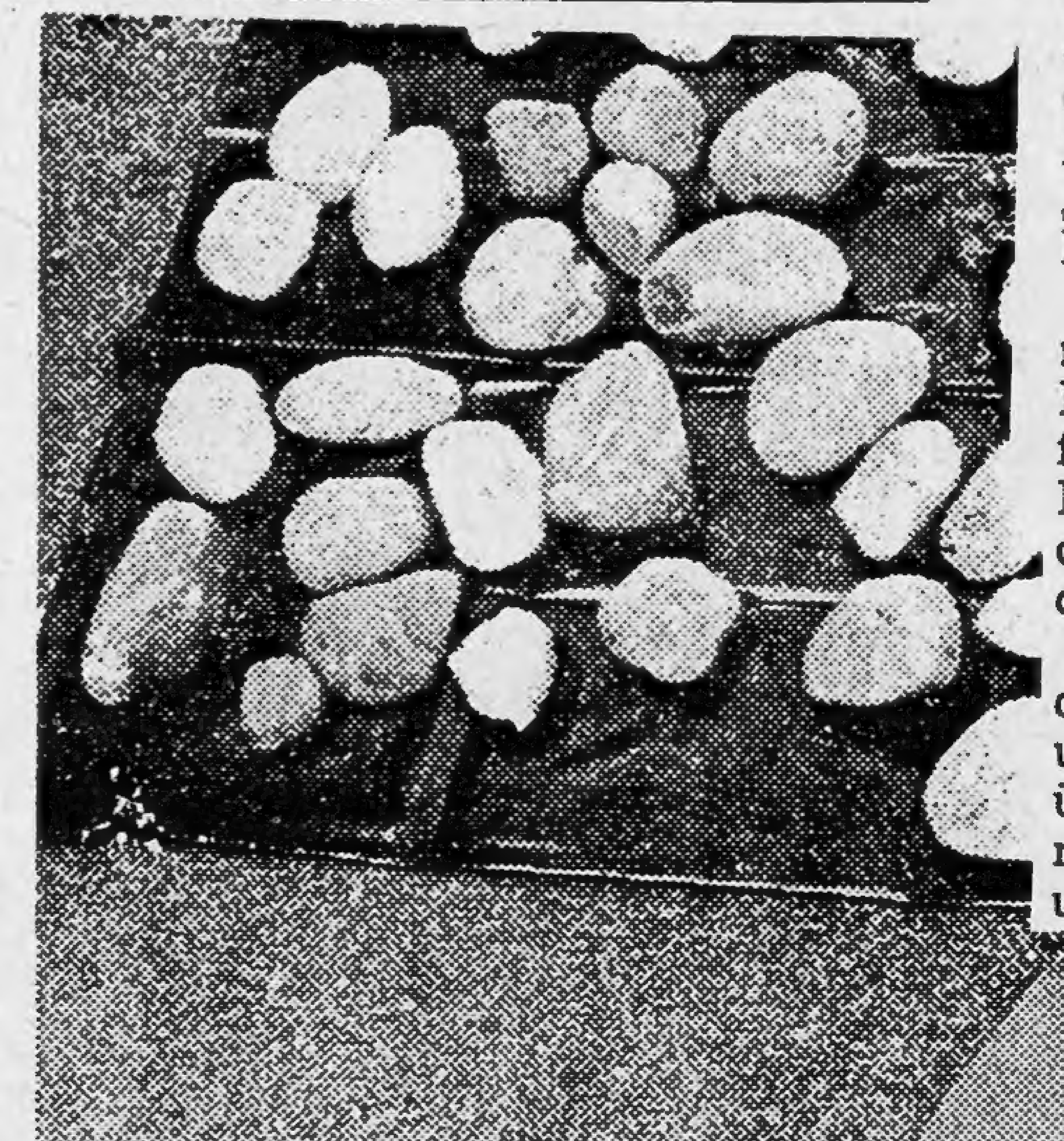
Rund 30 vermummte junge Leute haben in der Nacht zum Mittwoch das 13. Polizeirevier in der Bockenheimer Schloßstraße mit 45 faustgroßen Steinen beworfen und Leuchtmunition abgeschossen. Bei der Attacke, die nach Polizeiangaben in Sekundenschnelle vorbei war, sind unter anderem Scheiben von drei Polizeiwagen zu Bruch gegangen. Sowohl Polizei und Stadtregierung als auch Sprecher verschiedener Bockenheimer Institutionen werteten den Vorfall als Reaktion auf die Schüsse eines Polizisten am vergangenen Samstagabend vor dem leerstehenden Haus Fröbelstraße 4. Am Nachmittag trafen sich Vertreter der Polizei und des Sozialdezernats zur Absprache darüber, wie die aufgeheizte Stimmung in Bockenheim zu beruhigen sei.

Kurz vor Mitternacht in der Bockenheimer Schloßstraße 88: Unter einem Steinehagel splittern an den Einsatzwagen vor dem Haus sowie an einem Privatwagen die Scheiben; ein Sicherheitsglasfenster im ersten Stock und das blaue Polizeischild gehen zu Bruch. 30 Sekunden dauert der Spuk, dann sind die Täter so plötzlich verschwunden, wie sie gekommen waren. Die „vier, fünf Polizeibeamten" (Polizeisprecher Kurt Kraus) drinnen wagen sich nicht vor die Tür. Sie hätten ja, sagt der Polizeisprecher später, „befürchten müssen, von den Vermummten aufgemischt zu werden."

Kraus berichtet, es sei später ermittelt worden, daß die Steinewerfer sich zuvor beim üblichen Dienstagstreff vor dem „KOZ", dem Studententreffpunkt auf dem Campus, aufgehalten hätten. Wie Kraus sagte, gab es Hinweise von Zeugen, daß diese Gruppe gegen Mitternacht den Campus verließ und Richtung Schloßstraße zog. „Mehr", so der Polizeisprecher, „können wir nicht sagen, um die Sicherheit der Informanten nicht zu gefährden."

Nachdem das Bombardement von Steinen beendet war, ging der Alarm vom 13. Revier an andere Polizeistellen, die Streifenwagen und Mannschaftswagen der Einsatzbereitschaft schickten. Es sei beobachtet worden, daß die Täter sich über die Große Seestraße abgesetzt hätten.

Gegen 0.30 Uhr standen sich dann auf dem Campus an die 100 Polizeibeamte und 200 Besucher der KOZ-Fete gegenüber. Die Polizei vermutet, daß die Vermummten in der Menge der Besucher untergetaucht waren.



Gewalt gefährdet Jugend-Projekt

Egert und Cohn-Bendit appellieren an Bockenheimer Jugendliche



ZERTRÜMMERT wurden in der Nacht zum Mittwoch die Scheiben von zwei Einsatzfahrzeugen, die vor dem Eingang des 13. Polizeireviers in der Schloßstraße in Bockenheim abgestellt waren. Rund 30 vermummte Jugendliche hatten das Revier attackiert, mit 45 faustgroßen Kieselsteinen beworfen und Leuchtmunition abgeschossen.

Schüsse auf der einen, Steine auf der anderen Seite, dazu der ungewisse Ausgang einer Demonstration am Samstag: Sozialdezernent Jürgen Egert (SPD) sieht seine Jugendpolitik gefährdet. Bei einer Pressekonferenz am Donnerstag erklärte er: „Je mehr Punk ist in Bockenheim, desto weniger Bereitschaft werden wir vorfinden, in der Jugendpolitik neue Wege zu gehen." Bei der Gelegenheit gab „Multikultur"-Stadtrat Daniel Cohn-Bendit „denen, die auf die Straße gehen" mit: „Denkt nach, ob ihr Gewalt anwendet."

Jürgen Egert ist gerade in Bockenheim dabei, zur Konzipierung des neuen „Jugendhaus Schwanenkino" „Bausteine zu sammeln, ob es auch anders geht als mit der verfestigten seitherigen Planung". Damit ist das Bemühen um ein Konzept gemeint, die Jugendlichen am Bau zu beteiligen und die Existenz des Jugendcafés „Exzeß" während der Bauzeit zu sichern.

In den neunzig Tagen seiner Amtszeit, sagte der Dezernent, habe er bereits „100 Stunden Arbeit" allein in das Bockenheimer Thema investiert. Er sei in dieser Sache allenthalben bemüht, „Risikobereitschaft zu wecken bei denen, die zum Risiko noch nicht bereit sind." Er arbeite daran, Zustimmung für Jugend-Wohnprojekte zugunsten der flügge werdenden Nachwachsenden zu gewinnen. „All das bekomme ich nicht, wenn Gewalt im Spiel ist." Es müsse aber „eine Struktur da sein, die das trägt". Cohn-Bendit ergänzte: Die Polizei sei dabei, „diesen neuen Weg mitzugehen"; nun müsse man „noch die Mehrheiten überzeugen".

Beide Stadträte bescheinigten der Polizei („Jedenfalls den Beamten, mit denen wir gesprochen haben") „das Interesse, daß die Spannungen nicht eskalieren". Einmütig sprachen sie sich dagegen aus, jetzt in Bockenheim eine Jugend-Versammlung einzuberufen: Im Moment seien „die Affekte zu groß". Egert sagte, er müsse vor einem solchen Schritt „wissen, mit welcher Botschaft ich dahingehe".

Bei der Pressekonferenz kamen auch die Häuser zur Sprache, deren Leerstand in Bockenheim angeprangert wird. Die Appelsgasse 15 hätte „im August zugunsten eines vernünftigen Neubaus fallen können", da habe sich der Eigentümer umentschieden, doch zu modernisieren. Ähnlich der Fall beim Hessenplatz 1. In der Grempstraße 9—11 könne nicht abgebrochen werden, weil eine alte Dame im Haus keine Ersatzwohnung akzeptiere; so werde der Bau von 30 Sozialwohnungen blockiert. Die Liegenschaft Fröbelstraße 6—8 sei leergemacht worden, weil 33 Studentenwohnungen gebaut werden sollen; der Vertrag mit dem Studentenwerk werde bald unterschrieben. clau

(Siehe auch unten „Protestkundgebung")

Bild meint

Spaß an Gewalt

Nennt man sie Chaoten, sehen sie rot. Sichten sie einen Polizisten, werden sie gelb vor Wut. Werfen Steine, Flaschen, Molotow-Cocktails. Angeblich im Dienst an einer „gerechten Sache", zum „Selbstschutz" gegen prügelnde Polizei. Mit ihrem Angriff aufs 13. Revier haben sie sich

40 Chaoten gegen 100 Polizisten

Wo bleibt das Wort des OB zu den Chaoten?

„Harte Klientel Argumenten nicht zugänglich"

kamen Samstagmittag zur Hauptwache, starteten ihre Demo „Gegen alles, was uns stinkt".

Der Zug durch City, Bahnhofsviertel und Westend verlief erst friedlich. Dann zerstachen Chaoten die Reifen von drei Nobel-Autos, zertrümmerten die Fenster der iranischen Botschaft und der Banco da Napoli.

Rund 200 Demonstranten zogen vom Campus der Universität in die Fröbelstraße, wo es in der Nacht zum Sonntag zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und vermummten Gewalttätern gekommen war.

TERMINE!!

An alle die Termine für uns haben: Wir brauchen dringend Schokolade!
Ohne Schoko läuft fast gar nichts mehr!

Do. 10.10. 18.00 Film "Pipi Langstrumpf"
20.30 Diskussion übers SchülerInnencafe im El Locco

Film "Fluchtwege" u. "Fremdland" 20.00 im Infoladen DANEBEN, Rigaer 84

20.00 Film und Diskussion "Die Machtder Industrie" im A-Laden, Rathenower 22

So.13.10 12.00 Stadtrundfahrt zu Gen- und Reproduktionstechnologie, ab Winterfeldplatz Karten bei "Schwarze Risse"
20.00 Film im EX "Und Morgen war Krieg"

Di. 15.10. 19.00 Infoveranstaltung vom Projekt Weglaufhaus: Das Ende der Psychartrie im Gemeindesaal der Bekenntniskirche, Plessestr.3 in Treptow

Mitt. 16.10. 20.00 Frauenlesben-VV zur Frauenlesben-Demo am 25.10. in der Yorkstr.59

Do. 17.10. 20.00 Film "Aufenthalt im Widerstand" im Infoladen DANEBEN

Film und Vortrag "Gen-Tech, Pestizide, Waffen" im A-Laden Moaabit



SPIELFILM. J KARA. UDSSR 1986. S/W F. 86 MIN.

Der Film erzahlt die Geschichte einer Schulklasse im Jahre 1940, in der Zeit der Denunziationen und willkürlichen Verhaftungen, der Vater der Schülerin Wika, ein anerkannter Flugzeugkonstrukteur, wird von der Geheimpolizei verhaftet. Auf Druck der Klassenlehrerin, eine Verfechterin der harten stalinistischen Linie, soll Wika sich "vor der Schule und vor dem ganzen Volk" von ihrem Vater lossagen. Wika verweigert es und soll deshalb vom Komsomol ausgeschlossen werden. Die Klasse stellt sich hinter Wika und gegen die Lehrerin, insbesondere Iskra, die Vorsitzende des Komsomol. Wika kann dem Druck und der Ungewissheit über das Schicksal ihres Vaters nicht länger standhalten und nimmt sich das Leben. Entgegen dem Verbot der Lehrerin und Iskras Mutter, eine Kommissarin der Roten Armee, organisiert die Klasse unter Iskras Führung die Beerdigungsfeier ihrer Klassenkameradin.

Ein Bild der Sowjetunion der vierziger Jahre, ein Bild einer Generation, die Anfang der zwanziger Jahre geboren wurde und den Aufstieg und ie Deformation ihrer sozialistischen Ideale erleben mußte. Eine Generation, die wenig später die Sowjetunion gegen den Angriff Hitlers unter großen Opfern verteidigte und von der nichtg mehr als 3% diesen Krieg überlebten. "Eine Liebeserklärung an diese Generation", so Juri Kara zu seinem Film.

KNASTKONZERT vor MOABIT

13.10.

GROUP DiREN

+ GAST

JEWEILS SONNTAGS 15[00]

ALT MOABIT / RATHENOWSTR.
U9 TURMSTRAßE S3 BELLEVUE

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE!!